Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 74. Mittag-Ausgabe. Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 13. Februar 1879.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. Februar.

10 Uhr. Am Ministertische: Hobrecht, Maybach und mehrere Commissarien.

In dritter Berathung werden die Gesetzentwürfe wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Hannoversche Landes-Creditanstalt und betreffend die Abänderung der Wegegesetzgebung für die Provinz Schleswig-Holstein und die Herbeiführung eines Ausgleichs in der Wegebaupflicht zwischen Schleswig und Holstein genehmigt, worauf die Berathung des Generalberichts der Budget-Commission beginnt. Zuerst sollen die Resolutionen I. und II.: „Ersparnisse bei den laufenden Ausgaben und Vermeidung von Luxusbauten" zusammen discutirt werden. Sodann die Resolution III., betr. die Eisenbahnen, darauf wiederum gemeinsam die Resolutionen IV. und V.: wegen Quotisirung der Klassen- und Einkommeusteuer, und endlich Resolution VI.: Feststellung des Reichshaushalts- vor dem Staatshaushaltsetat.

Die Nr. I. und II. lauten: I. Die Staatsregierung zu ersuchen, in Zukunft auf Ersparnisse bei den laufenden Ausgaben der Staatsverwaltung, insbesondere durch Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung der Zahl der Beamten Bedacht zu nehmen. II. Die Staatsregierung aufzufordern: Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage von kostbaren, nicht unumgänglich nothwendigen Neubauten Abstand zu nehmen, und bei den beschlossenen Bauausführungen, insbesondere bei der Herstellung von Bahnhofsgebäuden, Dienstwohnungen 2c. jeden kostspieligen Luxus und jede über das Bedürfniß hinausgehende Anlage zu vermeiden.

Referent Rickert: Bei der Kürze der uns zu Gebote stehenden Zeit war es der Commission nicht möglich, eine umfassende Betrachtung des Budgets in allen seinen Theilen vorzunehmen. Ihr Bericht spricht daher nur die persönlichen Ansichten der Mitglieder aus, ohne irgend eine Verantwortung im Großen und Ganzen. Zunächst danke ich in ihrem Namen unserem Bureau-Director, Herrn Geh. Rath Kleinschmidt, öffentlich für die große Mühewaltung und das lebhafte Interesse, mit welchem er uns bei der Beschaffung des Materials aus den Acten der letzten 10 Jahre zur Seite gestanden. Der größte Theil des Materials ist nicht von der Regierung geliefert. Er wird übrigens die Statistik des Etats dauernd fortführen zum großen Vortheil zukünftiger Budgetberathungen. Gegenüber dem Vorwurf officiöser Zeitungen, daß die Commission ihre Berathungen verzögere und deshalb die Geschäfte des Hauses nicht vorwärts kämen, kann ich constatiren, daß die Commission überhaupt nur die Zeit vom 28. November bis zum 27. Januar für die Berathung des gesammten Budgets gehabt hat, wovon fast drei Wochen Ferien in Abzug kommen. Noch niemals hat sie mit solcher Schnelligkeit unter einem derartigen Druck der Umstände arbeiten müssen, wie dieses Mal, und sie konnte auch schon deshalb nicht schneller vorwärts kommen, weil sie auf das Material warten mußte, das sie von der Regierung erbeten und erhalten hat. Selbst nach Fertigstellung des Berichts wurden noch von der Eisenbahnverwaltung nachträgliche Nachweisungen geliefert. Im Uebrigen hat die Commission den allgemeinen Bericht in vier Sitzungen fertig gebracht. Die Resolutionen I. und II. wurden, wenn ich nicht irre, einstimmig angenommen und bedürfen wohl keiner weiteren Empfehlung. Die Regierung, insbesondere der Finanzminister hat das allerdringendste Interesse, den über unsere Verhältnisse hinausgehenden Apparat der Verwaltung und den etwas größeren Maßstab, der an unsere Verhältnisse im Staatshaushalt angelegt ist, wieder unseren knappen, jeweiligen Verhältnissen anzupassen, und sie wird sich gern mit uns dahin vereinigen, in allen Zweigen der Verwaltung Ersparnisse eintreten zu lassen, so weit es mit dem Wohle des Landes irgend verträglich ist. Hoffentlich wird der nächste Etat von diesen gemeinsamen Bestrebungen Kunde geben.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich muß mancherlei erwähnen, was in der Commission schon abgethan ist, aber wir Conservativen sind ja in ihr blos durch den Grafen Limburg-Stirum vertreten, der Schwerpunkt liegt nach links. Die Angst, welche die späteren Anträge wegen der Ueberschüsse, die wir erst erzielen wollen, ausdrücken, scheint mir doch verfrüht und erinnert an den Streit jener Eheleute, was der in Aussicht stehende Junge werden sollte: der Vater wollte ihn Soldat werden, die Mutter studiren lassen; darüber zankten sie sich so, daß sie geschieden wurden, jedenfalls waren sie nur auf dem Standesamt zusammengegeben. (Heiterkeit.) Die Zahl der Beamten ist sehr gewachsen; die Vermehrung stellt sich, wenn man die Eisenbahnbeamten und die an das Reich und an die Selbstverwaltung abgegebenen Beamten außer Rechnung läßt, auf 2553, daraus ließen sich drei Cavallerie-Regimenter auf Kriegsfuß formiren. (Heiterkeit.) Aber ich bin doch gegen die Annahme der Nr. 1, denn sie enthält eine Predigt für die Regierung, zu der man doch nur ein Recht hat, wenn man selbst die Lehren befolgt, die man predigt. Haben wir denn ein gutes Beispiel gegeben? Bei der Vermehrung der Beamten infolge der Verwaltungsorganisation, die man vielleicht eine Desorganisation nennen könnte, hat die Regierung nicht geschoben, sondern ist geschoben worden, es sind ihr eine Menge Behörden octroyirt worden; dadurch ist die Generalconfusion entstanden, in der wir uns befinden und in welcher selbst das Competenzgesetz wenig Licht geschafft hat. Wenn man jetzt auch ermitteln kann, wer Koch und wer Kellner ist, so macht das doch immer noch sehr große Schwierigkeiten. (Heiterkeit.) Wenn Savigny heute aufstände, würde er seinen Ausspruch über die Fähigkeit der neueren Zeit zur Gesetzgebung nicht zurücknehmen. Ich bedauere nur die Staatsrechtslehrer, die aus diesen Gesetzen ein System herausfinden sollen. Um eine Verminderung der Beamten herbeizuführen, dazu gehört ein Gesetz, und Sie wissen ja, was für Lärm bei einem solchen Gesetz entsteht; ich erinnere an die Städteordnungsnovelle und an die Wassergenossenschaften, bei denen man den Minister nicht allein mit der Gesetzsammlung, sondern sogar mit dem alten Testament angriff. (Heiterkeit.)

Wenn man die Selbstverwaltung nun gar noch ausdehnen will, so werden die Schwierigkeiten noch wachsen, denn man darf doch nicht vergessen, daß man im Osten nur mit dem Material arbeitet, welches die alten Stände hinterlassen haben. Wenn man in der Commission auf die Reorganisation oder gänzliche Beseitigung der Bezirksregierungen verwiesen hat, so kann ich davon nichts hoffen; besser wäre es, sämmtliche Provinzialbehörden unter einen Hut zu bringen; die Regierung, der Bezirksrath und das Bezirksverwaltungsgericht müssen zusammengefaßt werden, der Provinzialrath kann dabei meinetwegen ins Wasser fallen. Damit würden schon alle die Arbeiten wegfallen, welche durch die Conflicte zwechen diesen Behörden verursacht werden. Mit den Bauten wird allerdings viel Luxus getrieben; wir haben theure Sandsteinfaçaden, Glashallen für die Bahnhöfe u. s. w. Aber kann die Budgetcommission hier Sparsamkeit predigen, wenn sie gleichzeitig die Richtergehälter erhöht und die Kosten für den Frankfurter Centralbahnhof mit 28,000,000 Mark bewilligt? Beinahe jeder einzelne Abgeordnete will Geld haben: Horwitz für das Stadtgericht, von Bunsen für die Museen, Mommsen für die königl. Bibliothek, Eberty für Gefängnisse, Zimmermann für die Berliner Nachtwächter, Schmidt (Stettin) für Seeangelegenheiten, Sombart für Colonisation und Feldmesser und endlich, um objectiv zu sein, von Meyer (Arnswalde) für Gendarmen und Forsten. Die Regierung verhielt sich ablehnend oder schwieg still, besonders mir gegenüber. Man sagt nun, wenn die Quotisirung angenommen ist, wird das Drängen aufhören; ich wünsche im Interesse des Art. 109 der Verfassung, daß die Quotisirung nicht angenommen wird; aber selbst wenn sie angenommen ist, wird das Drängen nicht aufhören. In einer Stadtverordnetenversammlung geht das wohl an, Die Stadtverordneten kann man wohl verantwortlich machen entweder auf der Bierbank oder bei geringeren Culturzuständen in anderer, nachdrücklicher Weise. Aber wir sind ja materiell und formell unverantwortlich. Ich bitte also die Nr. 1 abzulehnen; die Nr. 2 würde ein guter Vorsatz sein; aber sprechen Sie ihn lieber nicht aus, sondern befolgen Sie ihn blos, denn sonst könnte man bei Nichtbefolgung desselben Ihnen sagen: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.

Abg. Richter (Hagen): Die Resolution spricht nur die Grundsätze aus, nach denen wir bisher gehandelt haben. Hätten die Conservativen unsere Anträge auf Ersparnisse in den letzten Jahren unterstützt, dann wäre unsere Finanzlage bedeutend besser. (Widerspruch.) Allein bei den Eisenbahnen rechnet sich das in Hunderten von Millionen aus, die jetzt nicht rentiren. Herrn v. Meyer's Meidinger paßte nicht recht: Wie kommt man, fragte er, jetzt schon dazu, über etwas zu verfügen, was man noch nicht hat! Viel lehrreicher würde seine Geschichte auf die Resolutionen der Conservativen zur Nummer 4 und 5 passen, in denen die Beute bereits vertheilt wird: Sie wollen Grund- und Gebäudesteuer erlassen und was sonst noch alles für Steuern, die noch nicht im Reichstag erledigt sind. Es handelt sich aber einfach darum, die Regierung in einer Richtung zu bestimmen, in der wir mitzuwirken und zu entscheiden haben. Herr v. Meyer stellt die Beamtenvermehrung als das Werk der liberalen Majorität oder das Product des liberalen Systems dar, das geherrscht hat. Aber wäre man uns gefolgt, so hätten wir kein Plus von 8106, sondern ein sehr erhebliches Minus. Auf die Staatseisenbahnverwaltung fällt eine Vermehrung von 10,552 Beamten. Kommt die Regierung der Aufforderung des Herrn v. Meyer, in diesem Sinne fortzufahren, nach, so werden wir seiner Initiative nicht nur einige Cavallerie-Regimenter, sondern ganze Divisionen und Armee-Corps neuer Beamten zu verdanken haben. Eine Verminderung von 2911 finden Sie bei den indirecten Steuern durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und die Vereinfachung des Zollwesens und der Abgaben.

Die von den Conservativen erstrebte Vermehrung und Erhöhung der Zölle würde zur Vermehrung der Zollbeamten in der Stärke von Brigaden zur Bekämpfung des Schmuggels führen. Dasselbe würde geschehen, wenn Sie nach den Plänen der Regierung in den Communen wieder Zollbarrieren einführen und Zollbeamte anstellen. — Ferner entfallen auf das Ministerium des Innern 1460 Beamte zur Vermehrung der Schutzleute und Beamten und Herrn v. Meyer genügt diese Mehrzahl noch nicht. Wir haben gegen eine Vermehrung von 1000 Schutzleuten in Berlin, namentlich soweit es sich nicht um die Sicherheitspolizei handelt, Bedenken getragen. Ueberall ist die Initiative zur Vermehrung der Beamten von der conservativen Seite ausgegangen oder es sind von dort die dahin gehenden Bestrebungen der Regierung kräftig unterstützt worden, während wir dieselben überall bekämpft haben. Wie kommt nun der Abg. v. Meyer dazu, uns die Schuld an dieser Beamtenvermehrung vorzuwerfen? Er ist dann auf sein beliebtes Thema von der Verwaltungsreorganisation eingegangen. Wir haben für die Kreisordnung gestimmt und nachdem unsere Voraussetzungen dafür nicht eingetroffen waren, haben wir gegen die Provinzialordnung gestimmt. Die Regierung hat aber auch hier die Initiative zu jener Vielheit der Behörden ergriffen, indem sie allen Anträgen auf Vereinfachung entgegentrat. Sie erklärte bestimmt, daß die Bezirksbehörde nicht aufgegeben werden könne, während die Liberalen im Gegentheil behaupten, daß die Provinzialinstanz als Aufsichtsinstanz zwischen der Centralinstanz und der Kreisverwaltung genügend sei.

Das Herrenhaus hat die Unterscheidung zwischen Provinzialrath und Provinzialausschuß und damit jene Vielheit der Behörden in die Provinzialordnung gebracht. Der Abg. von Meyer hat allerdings gegen die Kreisordnung gestimmt, hat aber später bekannt, daß er sich getäuscht habe und daß es ein gutes Gesetz sei. Ich weiß nicht, ob er heute wieder zu seiner ersten Meinung zurückgekehrt ist. An der Kreisordnung fehlt nach unserer Meinung der Unterbau, die Entwickelung eines kräftigen Gemeindelebens auf dem Lande. Sonst würden die größeren Gemeinde-Verbände manche der jetzigen Befugnisse des Kreisausschusses übernehmen können. Der Abg. von Meyer meint, daß sich unter den Großgrundbesitzern Rheinlands und Westfalens nicht die geeigneten Organe für eine Kreisordnung finden würden. Deshalb darf aber eine Kreisordnung für diese Provinzen nicht so auf den Großgrundbesitz basirt werden, wie in den östlichen Provinzen, weil derselbe dort nicht dieselbe sociale und wirthschaftliche Bedeutung hat. Dort ist aber ein sehr entwickeltes Communalleben vorhanden in den Amtsverbänden des platten Landes, den viele Befugnisse der Selbstverwaltung beigelegt werden können. Ich habe mich gleich im Bericht dagegen verwahrt, daß diese Resolution über die Vereinfachung der Behörden so aufgefaßt werden dürfe, als wünschten wir eine Zusammenlegung des Bezirksraths und des Bezirksverwaltungsgerichts. Denn darüber sollten doch alle Parteien einig sein, daß es ein Gewinn der neuen Gesetze war, unabhängige Organe geschaffen zu haben für die Rechtsprechung in Verwaltungs-Angelegenheiten. Diese würde aufgehoben mit dem Momente, wo man nach dem Vorschlage des Vorredners den Regierungs-Präsident zum Vorsitzenden des Bezirksraths und des Bezirksverwaltungsgerichts macht. Persönliches Gutdünken und Verwaltungsmaximen der Zweckmäßigkeit würden damit an die Stelle unparteiischer Rechtsprechung treten. Das bedeutet die von conservativer Seite jetzt angestrebte „Vereinfachung der Verwaltung."

Was die angeblich widerspruchsvolle Haltung der Budget-Commission in Bezug auf den Justizetat anbetrifft, so bemerke ich, daß die Erhöhung der Gehälter der Amtsrichter eine Erhöhung der Maximalgehälter und nicht der Durchschnittsgehälter ist, also einen eigentlichen finanziellen Effect gar nicht hat. Den aus der Initiative der Budget-Commission hervorgegangenen Erhöhungen von 125,000 Mark steht eine Erhöhung von mehr als drei Millionen unter der Rubrik „künftig wegfallend" gegenüber. Gegen den Frankfurter Centralbahnhof hat nur meine Partei und das Centrum gestimmt, dagegen waren alle Conservativen für diese Ansicht des Vorredners. Also richten sich alle Angriffe desselben gegen die conservative Partei. Herr v. Meyer hält also seiner eigenen Partei den finanziellen Sündenspiegel vor, nicht uns, und das Erste, was der Abg. v. Meyer thun könnte, wäre, daß er sofort den Antrag Hammerstein zurückzieht und mit uns die Regierung auffordert, nicht in diesem luxuriösen, die Staatsfinanzen ruinirenden Staatsbahnsystem fortzufahren. Wir fühlen uns im Gegensatz zu den Conservativen den Steuerzahlern in hohem Maße verantwortlich. Wir sind stets den localen Schmerzen und ihren Vertretern vom allgemeinen Finanzstandpunkt aus entgegengetreten und werden das auch ferner um so mehr mit Erfolg thun können, wenn wir ein wirkliches Steuerbewilligungsrecht haben werden. Was wird jetzt durch Ablehnung der Anträge auf Ausgabe-Erhöhungen erreicht? Das Geld bleibt entweder unbenutzt liegen oder wird höchstens zur Schuldentilgung verwendet. Ist aber das jährliche Steuerbewilligungsrecht vorhanden, so steht die Prämie entgegen, daß es möglich ist, die Steuern so viel zu erlassen, als von Ausgaben gespart wird. Die praktische Bedeutung dieses Rechtes zeigt sich bei den Matricular-Beiträgen des Reiches. Durch das Bewilligungsrecht derselben sind die Ausgaben des Reiches erheblich vermindert worden; wir haben das in den letzten vier Jahren unter lebhaftem Kampfe mit den Conservativen um 78 Millionen gethan. Also wenn der Vorredner seine Worte in Thaten umsetzen will, dann muß er den Antrag seiner Partei auf Durchführung des Staatsbahnsystems zurückziehen. (Beifall.)

Abg. von Zedlitz spricht zunächst dem Referenten Herrn Rickert die wärmste Anerkennung für die Umsicht und unermüdliche Thätigkeit aus, mit der er das dem Berichte beigefügte Material beschafft hat. Die Behauptung, daß die Erträge der Staatsbahnen die Ursache unserer gegenwärtigen Finanzlage seien, entbehrt nach seiner Meinung jede zahlenmäßige Begründung. Die Unterbilanz in den Staatseisenbahnen beträgt nach der Commission 10½ Millionen, während die Berechnung der Regierung, bei der keine Unterbilanz entsteht, auf der richtigen Basis steht. Die Eisenbahnen haben die Natur öffentlicher Straßen. Für unsere anderen öffentlichen Straßen nun, die Wasserstraßen und Chausseen, geben wir 8½ Millionen, resp. 19 Millionen zusammen, also beinahe dreimal so viel, als für die Eisenbahnen aus. Dabei findet eine Verzinsung für Wasserstraßen und Chausseen gar nicht statt. Das entscheidende Moment für die Verschlechterung unserer Finanzlage liegt aber in der starken Vermehrung der ordentlichen Ausgaben in der Verwaltung. Während seit 1870 die Steuern um 32 Millionen herabgemindert sind, haben sich die Ausgaben der Verwaltung um 94 Millionen Brutto, 82 Millionen Netto gesteigert, also um 9, resp. 8 Mal so viel, als die Eisenbahnunterbilanz beträgt. Rechnet man hierzu noch jene 32 Millionen Steuererlaß, so beträgt der gesammte Verlust 114 Millionen, also 11 Mal so viel, als die Unterbilanz der Staatsbahnen. Dieser Steuererlaß, von welchem der Abg. Richter einmal so verächtlich sprach, beträgt weit mehr, als Preußen durch die Kriegscontributionen gewonnen; denn diese 500 Millionen ergeben nur einen Zinsenertrag von 22 Millionen. Will man nun nicht in die Schleuderwirthschaft anderer Staaten gerathen, so kann man allerdings, sofern man neue Einnahmen durchaus nicht bewilligen will, nach Vereinfachung der Verwaltung streben, ein Weg, der erst in langen Jahren zum Ziele führt. Ein Volk aber, das jährlich ½ Milliarde für Bier consumirt, müßte doch wohl die Kraft besitzen, 40 bis 50 Millionen für die höchsten Aufgaben des Lebens aufzubringen.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich drei Postulate, nämlich 1) daß, wenn man auch das gesammte Niveau der Staatsausgaben aufrecht erhalten will, doch im Einzelnen zu prüfen ist, ob nicht gespart werden könne; dem entsprechen die Resolutionen I und II der Commission; 2) daß für den Fall einer starken und plötzlichen Vermehrung der Einnahmen ein besserer Regulator als Schuldentilgung geschaffen wird, indem die Ausgabebewilligung in Connex gebracht wird mit den Steuern; dies bezweckt die Resolution IV; 3) daß dieses Haus, soweit es an ihm ist, die Hindernisse aus dem Wege räumen muß, die der allein möglichen Vermehrung der Einnahmen, der Steuerreform, im Wege stehen; dies spricht die Resolution V aus. Zu Resolution II ist zu bemerken, daß unter dem Streben nach Vermeidung des Luxus nicht die Würde des Staates leiden darf, wie es namentlich bei der Justizverwaltung geschehe. Die Vermehrung der Beamten bei den Staatsbahnen ist die einfache Folge der Erweiterung des Staatsbahnnetzes. Pro Kilometer hat, wie in der Commission und den Tabellen festgestellt ist, eine Vermehrung des Beamtenpersonals nicht stattgefunden. Auf dem Gebiete der Provinzialverwaltung werden sich allerdings wesentliche Ersparungen herbeiführen lassen, aber erst nach vollständiger Durchführung der Organisation, auch der der Staatsbehörden im Anschluß an dieselbe und nach Beseitigung der Complicirtheit der gegenwärtigen Maschinerie. Nach Herrn Richter hat seine Partei keinen Theil an dieser Complicirtheit, aber gerade die Hauptschwierigkeit, durch deren Beseitigung die Vereinfachung am leichtesten hergestellt werden kann, der Aufbau eines Parallelsystems von Verwaltungsbeschluß- und Verwaltungsgerichtsbehörden von unten auf, ist unter dem Vortritt seiner Partei geschaffen worden.

Nicht als wäre er (der Redner) für Beseitigung oder Beschränkung der Rechtscontrole, er ist vielmehr für eine wesentliche Erweiterung derselben, sie soll jedoch nicht neben der Verwaltung herlaufen, sondern nach dem Beispiels Baierns und Würtembergs über ihr stehen. Die Beschlüsse des Hauses bei dem Wassergenossenschaftsgesetz sind in dieser Beziehung von Bedeutung, denn sie negiren das Grundprincip, auf welchem jene fundamentale Trennung von unten auf aufgebaut ist, nämlich das Prinzip, daß die Angelegenheiten der Verwaltung sich vollständig scheiden lassen in solche, welche nach Regeln des Ermessens, und in solche, welche nach Regeln des Rechts entschieden werden, indem in jenem Gesetz nach Beschluß des Hauses die Anrufung der Verwaltungsgerichte gegen die Entscheidung der Verwaltungsbeschlußbehörden gegeben ist. Die Staatsregierung sollte also an der Hand dieser Beschlüsse prüfen, ob der Fundamentalsatz, auf welchen die Organisation der Verwaltungsgerichte aufgebaut ist, nicht völlig unrichtig ist und ob es sich nicht empfiehlt, wie in Baiern und Würtemberg, und zwar später, als bei uns geschehen ist, die Rechtscontrole über die Verwaltung zu verlegen. Es ist endlich darauf hingewiesen worden, daß der Sparsamkeits-Antrag sich nicht allein an die Regierung, sondern auch an das Haus selbst richtet. Und zwar auch in dem Sinne, daß es in seinen Verhandlungen ökonomischer wird. Nichts schädigt das Interesse des Landes an denselben und den Parlamentarismus mehr als der Mangel an Oekonomie in den Verhandlungen selbst. (Sehr wahr! rechts.)

Geh. Ober-Regierungsrath Haase: In der Begründung der Resolution I in dem Bericht ist darauf hingewiesen, daß die Zahlen der etatsmäßigen Beamten bei den Bezirksregierungen und für die Finanzdirection in Hannover seit dem Jahre 1868 trotz der inzwischen eingeführten Selbstverwaltung um 302 Stellen, 37 Räthe und 265 Subalternbeamte, zugenommen hat. Die Arbeitskräfte haben sich nun nicht etwa positiv um diesen Betrag vermehrt. Im Jahre 1873 beschloß die Regierung und dies Haus, daß ⅔ respective ¾ der Beamten feste Anstellung erhalten sollten. Hierdurch wurde die Zahl der etatsmäßigen Beamten im Verhältniß zu den nur diätarisch beschäftigten so vermehrt, daß im Etat von 1874 bei den Bezirksregierungen 66 neue Räthe, 65 Subalternbeamte und 109 Unterbeamte angestellt wurden, während ohne jenen Beschluß nur 49 resp. 65 resp. 100 solche Beamte angestellt worden wären. Vom 1. Januar 1874 ab sollten ferner die überzähligen Beamten aus den neuen Provinzen, die bis dahin mit ihren Dienstbezügen auf Remunerationen standen, auf Besoldung angestellt werden. Von diesen Beamten sind im Etat von 1879/80 noch 7 Räthe und 40 Unterbeamte vorhanden. Subtrahirt man diese 47 und die vorher erwähnten aus 211 bestehenden von dem angegebenen Plus von 302, so bleibt ein Plus von 44 Stellen. Davon gehen noch ab 5 Räthe und 12 Subalternbeamte, die von der Steuerverwaltung resp. aus den hohenzollernschen Landen herübergenommen, so bleiben noch 27 Beamte, welche durch Vermehrung der Arbeitslast bei den Regierungen in Bromberg und Cöslin, in Hannover und Kassel erklärt werden. Ich constatire ferner, daß in den letzten Jahren durch die Selbstverwaltung 15 etatsmäßige Regierungsrathsstellen und 18 Regierungs-Assessoren in Wegfall gebracht sind.

Persönlich bemerkt Abg. v. Meyer, daß er den Vorwurf, nicht sparsam gewesen zu sein, nicht den liberalen Parteien gemacht, sondern dem gesammten Parlamente, auch dem Herrenhause. Die zehn Mann seiner Partei seien immer sparsam gewesen. Mit der Kreisordnung gehe es besser, als er ursprünglich gedacht, namentlich in Folge der Hingebung der Amtsvorsteher. Sie sei aber theurer, als sie es verdiene, und es finde auf sie das Sprichwort Anwendung: „Wenn man keenen andern hett, is de Uhl ok en Fagel!" (Heiterkeit.)

Abg. Eberty erklärt, daß er keineswegs auf die Vermehrung der Kosten für das Gefängnißwesen, sondern immer auf deren Verminderung hingewirkt habe.

Abg. Richter: Als ich von der Initiative der Conservativen bezüglich der Staatseisenbahnen sprach, habe ich dabei ausdrücklich gesagt, daß ich den Antrag Hammerstein auf Durchführung des Staatsbahngesetzes im Auge hatte. Im Uebrigen meine ich, daß die Ausführung der Kreisordnung theurer ist, als sie es verdient, namentlich im Kreise Niederbarnim. (Heiterkeit.)

Referent Rickert: Die beiden vorliegenden Resolutionen entscheiden sich für kein bestimmtes System weder in der Verwaltung noch im Eisenbahnbetriebe. Dem Herrn von Zedlitz kann ich nur bemerken, daß nicht blos die Eisenbahnverwaltung, sondern auch in ganz erheblichem Maße das Wachsen des übrigen Ordinariums die Ursache unserer jetzigen Finanzlage ist; eine Vergleichung des vorliegenden Etats mit dem letzten ergiebt, daß zur Verschlechterung der Finanzen wesentlich mit beigetragen haben die 1100 Kilometer mehr und die daraus entstehende geringere Rente der Eisenbahnen. Der Regierungs-Commissar hat die Ausführunnen im Berichte bekämpft; er hat gesagt, wenn man die Zahl derjenigen Beamten ins Auge faßt, die von außeretatsmäßigen in etatsmäßige umgewandelt sind, dann verschwindet das Plus, es bleiben eigentlich nur 27 Stellen mehr; ich hätte nur gewünscht, der Regierungs-Commissar hätte auch die Zahl der Hilfsarbeiter angegeben. Im Berichte ist weiter nichts behauptet, als: die Kosten für die Bezirksregierungen sind seit 1868 um 3½ Millionen Mark, also um 91—92 Procent gestiegen. die Zahl der etatsmäßigen Beamten hat um 17,7 Procent zugenommen. Die Besoldungs-Etats incl. Wohnungsgeldzuschüsse sind um 1,000,000 Mark, die anderen persönlichen Ausgaben um fast ¾ Millionen Mark, die sächlichen um 399,000 Mark seit 1868 erhöht worden. Die Erwartung des Landes, daß die Selbstverwaltungsgesetze eine Verminderung der Ausgaben herbeiführen würden, hat sich nicht erfüllt, das hat auch der Regierungs-Commissar zugestanden; das hat auch die Budgetcommission nur beweisen wollen.

Die Resolutionen I und II werden darauf gegen die Stimmen einzelner Conservativen angenommen.

Nr. III der von der Budgetcommission vorgeschlagenen Resolutionen lautet: Die Staatsregierung aufzufordern: 1) vom Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen; 2) dagegen eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, in wie weit der Bau von localen Anschlußbahnen

niederer Ordnung geeignet ist, die Rentabilität der vorhandenen Eisenbahnen, insbesondere der Staatsbahnen, zu heben und den Absatz von landwirthschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Rohprodukten zu erleichtern; 3) dem Landtage in der nächsten Session eine Darlegung zu machen, in wie weit die Interessenten bei dem Bau solcher Localbahnen durch Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung beziehungsweise durch Staatsmittel unterstützt werden können.

Abg. Lasker beantragt an Stelle der Resolution III, 1 zu setzen: III zu erklären, daß unbeschadet der Frage, ob und in welcher Weise das Staatsbahnsystem über den bisherigen Umfang auszudehnen sei, 1) die derzeitige Finanzlage des Staates nicht gestattet, auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens mit Unternehmungen vorzugehen, bei welchen die Rentabilität nicht genügend gesichert ist; 2) es dringend erforderlich ist, die Ziele und Grundsätze der Eisenbahnpolitik seitens der Königlichen Staatsregierung klar darzulegen und eine Verständigung über dieselben zwischen der Staatsregierung und dem Landtage herbeizuführen.

Abg. v. Hammerstein unterstützt von vielen Conservativen beantragt an Stelle von III, 1 zu setzen: III. Die Staatsregierung aufzufordern: 1) die Durchführung des Staatsbahnsystems als Ziel der preußischen Eisenbahnpolitik unverrückt im Auge zu behalten.

Referent Rickert: Die Commission hat diesem Theile des Etats vorzugsweise ihre Aufmerksamkeit zugewendet, denn in demselben liegt ein Staatsvermögen von 1⅓ Milliarde Mark; die Commission hat leider nicht viel Zeit gehabt, sondern die ganze Sache, nachdem allerdings in den vorangegangenen Sitzungen vorbereitende Schritte geschehen waren, in einer Abendsitzung entscheiden müssen. Die Resolution will für kein System der Eisenbahnverwaltung Partei nehmen, sie bewegt sich lediglich auf dem finanziellen Gebiet, sie mahnt zur Vorsicht, damit nicht zu Eisenbahnankäufen Anleihen in den Etat einzustellen sind. Die Frage der Rentabilität der Eisenbahnen wurde in mehreren Sitzungen besprochen; der Bericht giebt nicht das ausreichende Material dazu, aber er ist zur Vorarbeit für die nächsten Jahre wichtig genug. Die vom Handelsminister in letzter Stunde übergebene Nachweisung und die dort angegebenen Ueberschüsse konnte die Commission nicht als richtig anerkennen, auch die nachträglich übergebene Nachweisung kann als richtig nicht anerkannt werden. (Hört!) Die ganze Berechnung ist auf andern Grundlagen aufgemacht, als sie nach Ansicht der Commission aufgemacht werden muß. Die Bauzinsen, die Beamtenpensionen und Reserven für Erneuerungen, sowie die Kosten für die Centralverwaltung sind bei der Berechnung des Anlagecapitals gar nicht berücksichtigt. Wie man aber auch über die Rentabilität denken mag, auch die Staatsregierung giebt zu, daß sie um ein Erhebliches gesunken ist. Man muß die Sorgfalt der Regierung anerkennen, sie hat Einschränkungen eintreten lassen. Aber alle diese Ersparnisse haben nicht den Erfolg gehabt, die Rente auf derselben Höhe zu halten. Nach den Aufstellungen der Staatsregierung hatten wir 1877/1878 bei den Eisenbahnen ein Anlagecapital von 1195 Millionen Mark und einen Gewinn von 59 Millionen Mark, also 5 Procent Zinsen; im vorliegenden Etat ist nach derselben Rechnung ein Anlagecapital von 1520 Millionen Mark und ein Gewinn von 63½ Millionen, d. h. von 4½ Procent Zinsen.

Von dieser Grundlage aus haben wir die Regierung zu vorsichtiger Operation bei der Erweiterung des Staatsbahnnetzes auffordern wollen. Die Resolution würde keinesfalls die Ausdehnung des Staatseisenbahnnetzes ausschließen; der Hauptgrund außer dem finanziellen war auch der, daß wir in Bezug auf den Fortgang der Eisenbahnpolitik der Klarheit ermangeln, die dringend wünschenswerth ist. Wir haben dringend um eine Erklärung gebeten, ob und in welchem Umfange die Regierung die Ausdehnung des Staatsbahnsystems beabsichtige, ob sie alle Privatbahnen nach und nach ankaufen wolle, oder nur bestimmte Bahnen im Auge habe, und zwar diejenigen, welche in dem Verkehrsgebiet ihrer eigenen Bahnen liegen. Die Resolution schließt keineswegs Bahnankäufe aus, ja man meinte, wenn die Regierung dem Landtage Klarheit gegeben habe, man sich wohl mit Rücksicht auf das in den Bahnen angelegte Privatcapital entschließen könnte, eine Anzahl von Bahnen anzukaufen; denn die Regierung hat die im Gebiete der Staatsbahnen belegenen Privatbahnen vollständig in der Hand und kann durch Machtsprüche dieselben ruiniren. Der Handelsminister hat bei der Berathung über diesen Etat — er selbst war dabei nicht anwesend — durch seine Vertreter in keiner Weise eine Auskunft über die Art, wie die Regierung in Zukunft die Eisenbahnpolitik zu führen beabsichtigt, gegeben. Sie können es diesem Umstande zuschreiben, daß die Budget-Commission Ihnen diese Resolution mit großer Majorität vorgeschlagen hat. In Bezug auf die Frage der Localbahnen habe ich dem Berichte nichts hinzuzufügen.

Abg. Nasse: Meiner Ansicht nach ist bei uns die Frage: ob Staatsbahn- oder Privatbahnsystem? im Wesentlichen bereits entschieden und das allgemeine Interesse verlangt, daß der Uebergang zu dem ersteren so schnell wie möglich durchgeführt werde. Bis zum deutsch-französischen Kriege hatten wir ein System, welches sich einigermaßen halten konnte, ein Uebelstand bestand aber darin, daß dem Staate die Ausführung der unrentablen Bahnen überlassen wurde. Nach dem Kriege kam eine Theorie auf, die ich für verkehrt halte, die Theorie der dominirenden Staatsbahnen, welche die Zersplitterung unseres Eisenbahnwesens hervorgerufen hat. Man sagte, wir können die Privatbahnen nicht zwingen, dem öffentlichen Interesse zu dienen, aber man muß durch Herabsetzung der Frachtsätze einen Druck auf sie ausüben. Diese Lehre fand hier im Hause großen Beifall, sie wurde in das Reichseisenbahngesetz aufgenommen und es wurden durchgreifende Schritte zu ihrer Durchführung gethan. Auf diesem Wege ist aber das beabsichtigte Ziel nicht erreicht worden und konnte auch nicht erreicht werden, aber es entstand ein ganz unhaltbarer Zustand, der weder die allgemeinen wirthschaftlichen Interessen, noch das Ansehen der Staatsgewalt förderte. Der Eisenbahnminister ist als Verwalter des enormen in den Staatsbahnen ruhenden Capitals verpflichtet, dasselbe möglichst rentabel zu gestalten; er ist aber auch als Vertreter der Staatsgewalt verpflichtet, das in den Privatbahnen steckende Capital zu schützen und die Concurrenz zwischen den Staats- und Privatbahnen zu regeln. Er hat aber auch das Interesse aller Derer zu wahren, welche die Eisenbahnen benutzen. Die Concurrenz in gerechter und billiger Weise zu regeln, ohne bald hier bald dort anzustoßen, ist ganz unmöglich. Das jetzt bestehende System wirkt höchst schädlich auf das Volksvermögen: es zieht nach sich den Verlust an Terrain, es erfordert oft den Bau mehrerer Bahnhöfe in geringer Entfernung von einander — ich erinnere an den Bahnhof der Berlin-Dresdener und den der Berlin-Anhalter Bahn in Berlin.

Wenn der Versuch, die Bahnen von einem Punkte aus zu verwalten, mißlingt, so bleibt dem Staate immer noch der Weg der Verpachtung der Bahnen übrig. In den Niederlanden sind ja auch fast alle Staatsbahnen an Gesellschaften verpachtet. Gelingt der Versuch aber, so ist keine Frage, daß wir durch das Reichseisenbahnsystem die Einheitsidee wesentlich ihrer Verwirklichung näher bringen. — Man führt gegen das Staatsbahnsystem an, daß die finanziellen Verhältnisse gegenwärtig seiner Durchführung im Wege stünden; ich behaupte im Gegentheil, daß gerade die jetzige Zeitlage dafür sehr geeignet ist. Bei den Anleihen, die in den letzten Jahren für Eisenbahnbauten gemacht worden sind, hat der Staat mindestens 4¼ pCt., oft 4⁶/₁₀ und 4⁸/₁₀ pCt. bezahlen müssen. Wenn er also den Privatbahnen eine feste Rente von 4¼ pCt. bietet, ein Satz, den die Dividende der wenigsten Privatbahnen in den letzten Jahren erreicht hat, so handelt er ihnen gegenüber anständig und kann sie ohne Opfer erwerben. Sollten einige Bahnen ihre Forderungen ungebührlich steigern, so bleibt dem Staat die Anwendung eines Expropriationsgesetzes übrig (Unruhe links), zu welchem im deutschen Handelsblatte bereits ein Plan entworfen worden ist. Man verlangt ferner eine Verständigung über die Ziele der Eisenbahnpolitik; ich bin der Ansicht, daß sich die Regierung, wenn sie mit Entschiedenheit vorgehen will, mit dem Abgeordnetenhause über bestimmte Vorschläge verständigen wird. Was die Eisenbahnverwaltung anlangt, so wird es nothwendig sein, dem Minister eine collegialische und sachkundige Behörde zur Seite zu stellen. Aber dies sind Fragen, die nicht durch Resolutionen, sondern nur auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden können. Ich glaube, daß dem Lande durch das immer aufs Neue wiederholte Vorbringen dilatorischer Einwände gegen das Staatsbahnsystem der größte Schaden zugefügt und daß das Land denen nicht danken wird, welche die Durchführung des Systems immer aufs Neue verschieben wollen, wohl aber denen, welche die Regierung in ihrem Vorhaben energisch zu unterstützen gesonnen sind. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Der Beifall der rechten Seite verurtheilt dieselbe Seite, weil die Ausführungen des Vorredners zugleich eine vernichtende Kritik der Haltung der bisherigen Mehrheit in Eisenbahnfragen darstellen. Die Summe der Ausführungen des Vorredners geht dahin: das Haus hat sich aus Gründen, die der Vorredner nicht theilte, auf Wege führen lassen, deren Consequenzen es seiner Zeit nicht übersah. Nachdem man aber einmal so weit gegangen, allen Warnungen der Fortschrittspartei zum Trotz, kann das Haus nicht mehr zurück, sondern muß die von ihm nicht gewollten und nicht vorhergesehenen Consequenzen ziehen. — Vor zwei Jahren war Berlin-Anhalt mit Berlin-Dresden einig, Berlin-Dresden zu kaufen; da wurde gesagt von der Regierung, diese zwei Concurrenzlinien dürfen im öffentlichen Interesse nicht in derselben Hand sein, die Genehmigung zur Vereinigung ist zu verweigern, der Staat muß Berlin-Dresden übernehmen, um Berlin-Anhalt eine Concurrenz zu erhalten. Jetzt ist das finanziell schlechte Geschäft, welches wir bei Berlin-Dresden voraussahen, erwiesen; nun heißt es umgekehrt, gerade die Concurrenz darf nicht stattfinden, die beiden Linien müssen in einer Hand sein, und zwar in der des Staates. Die schlechten Geschäfte der Eisenbahnen zwischen Berlin und Dresden beruhen aber nicht darin, daß zwei Verwaltungen bestehen, sondern daß zwei Eisenbahnen vorhanden sind. (Sehr richtig! links.) Diese Capitalverschwendung, welche nicht mehr rückgängig zu machen ist, erzwingt unter allen Umständen niedrigere Transportpreise, um durch den Anreiz zu einer größeren Transportmenge von Personen und Gütern das große Anlagecapital noch möglichst rentabel zu machen.

Die Concurrenz von zwei Verwaltungen stellt dabei nur die Form dar, welche es erleichtert, diese große Transportmenge hervorzurufen, ihre Aufhebung würde die Sache nicht besser stellen, da auch eine einzige Verwaltung bestrebt sein müßte, durch billige Preise einen möglichst starken Betrieb hervorzurufen. Heute sieht man in der Möglichkeit eines einheitlichen Bahnhofes eine Ersparniß, vor 2 Jahren noch wurde uns der fehlende Bahnhof als ein finanziell ganz unerhebliches Moment dargestellt. Mit dem Bahnhof sollen wir nun weiter auf dem Wege verlockt werden, Berlin-Anhalt zu kaufen, nachher sollen dann wieder aus dem Besitz von Berlin-Anhalt weitere Consequenzen gezogen werden. So wird das Haus, wenn es sich weiter darauf einläßt, allerdings schließlich zu einem Ziele geführt, zu dem es nicht kommen will. Der Herr Vorredner nennt die Frage der Erwerbung aller Bahnen für den Staat spruchreif und will darum keine dilatorische Behandlung mehr. Gleichwohl macht er sich schon mit der Möglichkeit vertraut, daß, wenn das Experiment der Verstaatlichung mißlingt, die Staatsbahnen wieder zu verpachten sein würden. Ein noch viel zweifelhafteres Problem erscheint also am Ende des Projects; das Problem der Verpachtung von Staatsbahnen ist noch weniger gelöst als das des eigeneen Betriebes. (Sehr wahr! links.) In den Niederlanden besteht eine Concurrenz bei nur theilweiser Verpachtung; was außerdem in den Niederlanden für ein kleines Gebiet möglich ist, beweist noch gar nichts für den preußischen Staat. (Sehr wahr!) Der Vorredner erklärt offen, dem Reichs-Eisenbahnenproject zustimmen zu wollen und beruft sich dafür auf ganz falsche Analogien, die noch nicht einmal so richtig sind, wie die Analogie von Post und Eisenbahn.

Der Vorredner nennt die Verstaatlichung spruchreif und will doch nicht wie bisher Alles auf die wechselnden Ansichten einer einzelnen wechselnden Person stellen. Ich habe aus der neulichen Debatte den Eindruck, als ob wir nicht einmal klare Verantwortlichkeit einer einzelnen Person haben; man weiß nicht, leitet der Reichskanzler oder der Eisenbahnminister mehr unser Eisenbahnwesen, oder hat gar als Schiedsrichter zwischen den Beiden der Generalpostmeister als oberster Sachverständiger in Eisenbahnangelegenheiten zu entscheiden? Der Herr Vorredner findet die parlamentarische Controle des Eisenbahnwesens zu schwach und doch will er von unserer Controle noch etwas delegiren, wie es scheint, an Körperschaften, wo eine Majorität von Interessenten und nicht allgemeine Gesichtspunkte die Entscheidung haben. Doch alles dies mag interessant sein, jetzt zu erörtern, es ist aber nur akademisch, so lange der Herr Minister nicht aus seinem Schweigen heraustritt. (Sehr richtig! links.) Nachdem in der Commission keinerlei klare Erklärung abgegeben worden ist, mußten wir nach der Einleitung des Herrn Referenten und der naheliegenden Ankündigung einer weiten Perspective zum Beginn dieser Verhandlungen umfassende Erklärungen des Ministers erwarten; damit zurückzuhalten bis gegen das Ende der Debatte, nachdem die meisten Redner gesprochen, mag für den Minister taktisch klug sein, entspricht aber nicht dem Zweck der Verhandlungen; ich werde in der Sache erst weiter reden, nachdem der Minister gesprochen hat.

Minister Maybach: Ich habe mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit darauf verzichtet, heute das Wort zu ergreifen; ich behalte mir vor, morgen bei Zeiten mich auszusprechen. Ich habe gar keinen Anlaß, mit irgend etwas, was auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik geschehen und was für die Zukunft ins Auge gefaßt ist, zurückzuhalten. (Beifall rechts.)

Um 1 Uhr vertagt das Haus die weitere Berathung des Generalberichtes bis Donnerstag 10 Uhr.

0. C. Reichstags-Verhandlungen.

1. Sitzung vom 12. Februar.

3½ Uhr. Am Tische des Bundesraths Staatsminister Hofmann. Die Bänke des Hauses sind mäßig besetzt; beim Bureau angemeldet waren bis 3 Uhr 204 Mitglieder. Von den süddeutschen Abgeordneten fehlt ein großer Theil, von bairischen Mitgliedern des Centrums haben etwa 20 ihres Landtages wegen Urlaub nachgesucht. Anwesend ist u. A. Herr v. Stauffenberg, Graf Moltke ist auf seinem Platz.

Präsident v. Forckenbeck übernimmt auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung den Vorsitz, beruft zu Schriftführern die Abgeordneten Bernards, Graf Kleist, Thilo und Weigel und läßt den Namensaufruf vornehmen, der die Anwesenheit von 200 Mitgliedern ergiebt (bei 199 ist das Haus beschlußfähig), so daß die nächste Sitzung auf Donnerstag 2 Uhr zur Wahl des Präsidenten und Schriftführer angesetzt werden kann. Die Verloosung in die Abtheilungen findet nach der heutigen Sitzung statt die um 4 Uhr schließt.

Von den Socialisten hatten sich Fritzsche, Bracke und Liebknecht beim Bureau angemeldet, sie befanden sich auch Anfangs im Saal, entfernten sich aber vor dem Namensaufruf, dessen knapp an die Beschlußfähigkeit reichendes Resultat andernfalls um 3 Stimmen verstärkt worden wäre.

An Vorlagen sind eingegangen folgende fünf Gesetzentwürfe, betreffend 1) die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1879/80 mit sämmtlichen Special-Etats; 2) die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphen, der Marine, des Reichsheeres und zur Durchführung der Münzreform; 3) die Erwerbung und bauliche Instandsetzung eines Grundstückes für das Gesundheits-Amt; 4) den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen; 5) Entwurf einer Gebührenordnung für Rechtsanwälte; 6) Handels-Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn; 7) Weltpostvertrag nebst Uebereinkommen betreffend den Austausch von Briefen mit Werth-Angabe, sowie Uebereinkommen betreffend den Austausch von Post-Anweisungen.

Außerdem sind dem Reichstag zugegangen: 1) Zusammenstellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen vom Jahre 1878; 2) Uebersicht der Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen im Betriebsjahre 1877, verglichen mit den früheren Jahrgängen nebst erläuternden und ergänzenden Bemerkungen und graphischen Darstellungen; 3) Uebersichten der Resultate der Ersatzgeschäfte in den Bezirken des 1. bis einschließlich 15. Armee-Corps und in den Bezirken des Königreichs Baiern für das Jahr 1877; 4) Darlegung der Anordnungen, welche von der preußischen Staatsregierung mit Genehmigung des Bundesrathes zufolge der Bestimmung in § 28 Absatz 2 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 getroffen worden sind.

Berlin, 12. Februar. [Amtliches.] Seine Majestät der König hat dem Director der Realschule I. Ordnung zu Elberfeld, Dr. philos. Schacht, und dem pensionirten Steuereinnehmer Schröder zu Simmern den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Cantor und Kirchschullehrer Werner zu Moltheinen im Kreise Gerdauen, und dem Schullehrer Moos zu Meudt im Unterwesterwaldkreise den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem pensionirten Steuer-Aufseher Ritter zu Wiesbaden, bisher zu Catzenelnbogen im Unterlahnkreise, und dem früheren Gemeindevorsteher Weber zu Groß-Ziethen im Kreise Teltow das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Handlungscommis Hans Wörpel zu Flensburg und dem Schiffer Johann Adam Lonsdorfer zu Lisdorf im Kreise Saarlouis die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Der Consistorial-Rath Lüke zu Coblenz ist an das Königliche Consistorium der Provinz Schlesien und der Consistorial-Rath Grundschöttel zu Magdeburg an das Königliche Consistorium der Rheinprovinz versetzt worden.

Berlin, 12. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute den Vortrag des Civil-Cabinets entgegen und eröffnete um 2 Uhr Nachmittags im Weißen Saale des Königlichen Schlosses den Reichstag.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen, empfing den General-Feldmarschall Grafen von Roon, sowie ferner den Ober-Präsidenten der Provinz Westpreußen, Staatsminister Dr. Achenbach, und demnächst den preußischen Gesandten am Königlich baierischen Hofe, Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Werthern-Beichlingen.

(Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin,** 12. Febr. [Vorlagen an den Reichstag. — Dementi. — Antrag des Reichskanzlers auf Regelung des Gütertarifwesens.] Dem Reichstag werden, wie wir hören, morgen zunächst folgende Vorlagen zugehen: 1) der Reichshaushalts-Etat, 2) der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn, 3) eine Statistik der Reichstagswahlen von 1878; die vierte Vorlage dürfte das Gesetz über die Strafgewalt des Reichstags sein. — Officiell wird geschrieben: Die mannigfachen Angaben über stürmische Vorgänge in der letzten Sitzung des Staatsministeriums, über Dissonanzen u. s. w. sind, wie wir bestimmt versichern können, absolut erfunden. Die genannte Sitzung ist in der ruhigsten Weise verlaufen und es liegt auch innerlich nicht der mindeste Anhalt für jene Behauptung vor. — Der Reichskanzler hat im Namen des Reichspräsidiums beim Bundesrath den Antrag gestellt, die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen beschließen und zu diesem Behufe zunächst einen Ausschuß berufen zu wollen, welcher aus einem Vertreter des Präsidiums und aus einer vom Bundesrath näher zu bestimmenden Zahl von Vertretern derjenigen Bundesstaaten, welche eine eigene Staatsbahnverwaltung besitzen, zu bestehen hätte.

Kiel, 10. Febr. [Zum Kriegsgericht in Sachen des „Großer Kurfürst."] Die „Kiel. Ztg." schreibt: Die sämmtlichen Mitglieder des Kriegsgerichts, welche von auswärts (Kiel, Wilhelmshaven und Danzig) nach Berlin berufen waren, sind in ihre Garnisonen zurückgekehrt. Nur der Referent, Justizrath Loos, ist noch zurückgeblieben, wie verlautet, um das Erkenntniß auszufertigen, über welches große Verschwiegenheit beobachtet wird. Verschiedene Gerüchte über Freisprechung der Angeschuldigten haben auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch, und wir glauben ihnen um so weniger, als der Eine oder Andere der Beschuldigten nach allem was über die unglückselige Katastrophe bekannt geworden ist, unzweifelhaft einen Theil der Schuld tragen muß. Auf die erkannte Strafe, ob sie hoch oder niedrig bemessen, kann es unseres Erachtens nicht ankommen. Für die Nation ist es allein von Interesse, daß der Urtheilsspruch die Schuldigen benennet, die Schuldmomente darlegt und somit die Ursachen der Katastrophe klar erkennen läßt. Daß dieses geschehen, deß sind wir bei der Zusammensetzung des Gerichts voller Zuversicht, und wir enthalten uns gern bis zur Publication des Erkenntnisses jeglicher Discussion. Wie wir hören, wird der Justizrath Loos in einigen Tagen hier zurückerwartet, und ist daraus zu entnehmen, daß die Acten mit dem Urtheil dem Generalauditoriat zur Revision und Begutachtung schon bald vorliegen werden. Diese Behörde beantragt nach eingehendster Prüfung des gesammten umfangreichen Materials entweder die Bestätigung des Erkenntnisses oder die Aufhebung desselben wegen Nichtigkeit oder Ungesetzlichkeit. Bei mehreren Angeschuldigten kann es leicht vorkommen, daß das Erkenntniß gegen den Einen bestätigt, in Betreff des Anderen aber aus formellen oder materiellen Gründen aufgehoben wird. Im Falle einer Aufhebung muß von Neuem erkannt werden, und es dürfen bei dem zweiten Spruche die Mitglieder des ersten Gerichtes nicht mitwirken. Die Abgabe der Acten nebst dem Erkenntnisse an Allerhöchster Stelle erfolgt direct seitens des Generalauditoriats, und es bildet das Militärcabinet nur ein Durchgangsstadium, dem auf die Entschließung Seiner Majestät des Kaisers eine Einwirkung nicht zustehen dürfte. Nach dem Geschäftsgange ist eine Veröffentlichung des Erkenntnisses vor Mitte des nächsten Monats nicht zu erwarten.

München, 8. Febr. [Ausweisung.] Der heutige Polizeibericht meldet: „Der vormalige Redacteur des „Zeitgeist", Sigmund Politzer von Kleinzell in Ungarn, wurde auf Grund des Artikel 50 des baierischen Heimaths- und Aufenthaltsgesetzes von dem Ministerium des Innern aus dem baierischen Staatsgebiete ausgewiesen." Derselbe hat, nachdem seine Bemühungen wegen Aufschubes der Ausweisung erfolglos waren, München bereits am Donnerstag verlassen.

Provinzial-Zeitung.

—d. **Breslau,** 12. Febr. [Breslauer Gewerbeverein.] Die am 11. d. M. abgehaltene Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Director Dr. Fiedler, indem er zunächst über die zwischen den Vorstands-Delegirten und den die Bildung einer Section für Kunstgewerbe erstrebenden Mitgliedern gepflogenen Verhandlungen Mittheilung machte. Zu seiner Freude sei er in der Lage, zu constatiren, daß eine Uebereinstimmung im Großen und Ganzen bereits erreicht sei. Sobald die wenigen noch bestehenden nebensächlichen Differenzen ausgeglichen seien, werde er dem Verein Weiteres mittheilen. — Zur Ausfüllung des vom Central-Gewerbeverein eingesandten Fragebogens habe der Vorstand eine Commission von 10 Personen, die fast alle dem praktischen Handwerkerstande angehörten und das Recht der Cooptation hätten, ernannt, und der Verein selbst werde wohl noch in mancher Sitzung sich mit dem Ergebniß der Vorberathung dieser Commission zu beschäftigen haben. — Den nächsten Vortrag am künftigen Dinstag werde Herr Dr. Eras halten und habe sich auch Director B. Milch zu einem Vortrage über den Civilproceß mit besonderer Berücksichtigung des Handwerkerstandes erboten. — Nunmehr hielt Fabriken-Inspector Assessor Frief einen Vortrag über die Gewerbegesetzgebung verschiedener Staaten, namentlich des Deutschen Reiches, und über die Hauptaufgaben der Fabriken-Inspectoren. Nach dem Vortrage zeigte er der Versammlung eine Kreissäge und die verschiedenartigsten Schutzvorrichtungen, welche an dieser zur Verhütung von Unglücksfällen anzubringen sind. Director Dr. Fiedler sprach dem Vortragenden den Dank der Versammlung aus und zeigte noch das Erscheinen eines Werkes an: „Das grüne Gewölbe in Dresden", in 20 Heften à 5 Blatt mit zusammen 300 Abbildungen in Lichtdruck. Der Preis des ganzen Werkes betrage 160 M., der eines Heftes 8 M. Vom Secretär des Vereins wurde auf das Erscheinen des „Katechismus der Galvanoplastik" von Seelhorst hingewiesen und das Buch (1,50 M.) herumgezeigt. — Der nächste Schlesische Gewerbetag wird voraussichtlich in Bunzlau stattfinden. Mit demselben wird eine Ausstellung von Zeichnungen der Schüler schlesischer Fortbildungs-Zeichenschulen verbunden sein.

A. F. **Breslau,** 12. Februar. [Handwerkerverein.] Der gestrige Vortrag des Herrn Braunhälter über China gewährte den erschienenen Hörern und überaus angenehme und lehrreiche Unterhaltung. — Dem Dank, welchen der stellvertretende Vorsitzende, Bildhauer Lindner, dem Redner aussprach, gab die Versammlung ihrerseits durch lauten Applaus Ausdruck.

—d. **Breslau,** 11. Febr. [Protestanten-Verein.] Eine zahlreiche, andächtige Gemeinde hatte sich auch gestern wieder im Musiksaale der Universität eingefunden, um dem gediegenen Vortrage des Pastors Ziegler aus Liegnitz mit gespanntester Aufmerksamkeit zu lauschen. Der Vortrag behandelte „die christliche Lehre von der Erlösung", aus dem folgende Skizze mitgetheilt sein möge.

In allen Religionen findet sich, wie Redner ausführt, das Bedürfniß und Verlangen des Menschen nach Ueberwindung alles dessen, was ihn an die Vergänglichkeit bindet, was ihn dem daraus entspringenden Uebel und dem Tode selbst unterwirft, und was ihn dem Ziele vollkommenen Glückes, seliger Freude fern hält. Und was geschichtlich sich als der Ursprung und als die treibende Kraft der Religion erweist, das empfindet jede einzelne Seele desto stärker, je klarer und kräftiger ihr religiöses Leben und Bewußtsein ist. Mag auch in dem frommen Gemüthe Freude und Schmerz, mag Lob und Preis Gottes mit Klage und Bitte, mag muthige Thatkraft mit sinnender Betrachtung wechseln, das starke Verlangen nach Erlösung aus der Noth, aus dem Verderben, das nie ruhende Trachten nach Seligkeit bleibt die Wurzel und das Einigungsband aller dieser so verschiedenartigen Empfindungen. Dieses Erlösungsbedürfniß ist auch das entscheidende Merkmal, an welchem wir außerhalb der christlichen Kirche und Religionsgemeinschaft das Vorhandensein von Religion sicher erkennen können, mag auch ihre Aeußerung noch so roh und noch so irregehend sein. Aber wenn hier das Erlösungsbedürfniß sich nur in Bezug auf die Natur und ihre Uebel und feindlichen Mächte zu erkennen giebt, so wird dies anders, sowie der Mensch zum Bewußtsein seiner über die Natur hinausreichenden, ewigen Bestimmung, seines himmlischen Berufes kommt. Dann findet er es ganz natürlich und in der Ordnung, daß in der Natur ein ewiger Wechsel von Entstehen und Vergehen, von Leben und Tod stattfinde. Aber um so

drückender empfindet er dann an sich selbst die drückende Sclavenfessel der Natur. So findet sich der Mensch, sowie er zum Bewußtsein des lebendigen Gottes, welcher Geist ist, erwacht, in einem unerträglichen Widerspruche mit sich selbst, mit dem, was er als seine Bestimmung empfindet. Und dabei sieht er sich gefangen von einer Macht, welche ihn Gott und seiner himmlischen Bestimmung fern hält.

Nach verschiedenen Richtungen trachtet der Mensch nach einer Lösung dieses unerträglichen Widerspruches. Wir können das, was man Cultur eines Volkes nennt, dem tiefsten Antriebe nach, aus welchem es entspringt, nur begreifen, wenn wir bedenken, daß das Bewußtsein oder auch das dunkle Gefühl des höchsten Berufes, seiner Herrscherstellung auf Erden, seiner Erhabenheit über die Vergänglichkeit der Natur, den Menschen nicht ruhen läßt. Was will ferner die Kunst anders, als den Menschen in diesen Zustand innerer Freiheit wenigstens mit seiner Phantasie versetzen? Was endlich macht die lebendige Triebkraft der Wissenschaft, insbesondere der Philosophie aus, was erzeugt immer neue Systeme und läßt die Denker nie sicher und satt bei dem Gewonnenen ausruhen? Ist es nicht wiederum der unwiderstehliche Trieb nach einer Lösung des Widerspruchs zwischen der ewigen Bestimmung des Menschen und seinem Zustande der Gefangenschaft im Dienste der vergänglichen Natur?

Aber was auch die Philosophie leiste, wie groß der Zauber und die Wirksamkeit der Kunst seien und wie wohl es sich der Mensch unter den Segnungen der Cultur gefallen lasse, so lange es ihm gut geht, — wirklich befriedigt wird der Trieb nach dem ewigen Heil dadurch nicht. Cultur, Kunst, Wissenschaft, Philosophie bringen nicht selbst diese Erlösung hervor, sondern umgekehrt: sie gerade sind Früchte eines Zustandes, in welchem der Mensch kräftig und hoffnungsvoll jenem höchsten Ziele himmlischer Freiheit zustrebt. Erschlafft diese Kraft, welche wir mit gleichem Rechte die Kraft des Idealismus, die Kraft des Glaubens oder die Kraft der Religion nennen können, so können auch die das Menschenleben sonst freier gestaltenden, zierenden Mächte, die wir nannten, auf die Dauer kein selbstständiges Leben mehr entfalten.

Hat der Glaube nicht die Kraft, das große Räthsel des Menschenlebens zu lösen, dann hilft es dem Menschen auch nichts, daß er sich in der Phantasie das irdische Leben in irdischer Weise fortsetzt und daß er in dieser erträumten jenseitigen Fortsetzung des irdischen Lebens alles hier vermißte Glück für ewige Zeiten zusammenhäufe. Eine wirkliche Kraft des Glaubens kann aus solcher Vorstellung vom Jenseit nicht entspringen, sie wird erst da entspringen, wo der Mensch die fortschreitende Ueberwindung seines Dienstes der Vergänglichkeit auch wirklich persönlich schon auf Erden an sich selbst fühlt und erfährt.

Um den Weg der Erlösung zu finden, muß das Uebel mit aller Schärfe erforscht werden. Die Vergänglichkeit und der Tod des Menschen sind gar keine Uebel; sie sind es erst dann, wenn wir unser letztes Ziel des Wünschens und Strebens im Irdischen haben. Mit andern Worten: nicht die Vergänglichkeit an sich, soudern der Dienst der Vergänglichkeit seitens des Menschen ist der tiefste Grund des Uebels. Nicht das Uebel, das aus der Natur entspringt, sondern das Böse, das aus der Selbstbestimmung des Menschen stammt, gilt es zu überwinden. In christlichem Sinne handelt es sich um die Befreiung des Menschen aus der Knechtschaft nicht der Materie, sondern der Sünde. Je klarer und entschiedener das Gottesbewußtsein eines Menschen ist, desto mehr empfindet er seinen Zustand der Schuld und der Gefangenschaft dem Bösen gegenüber und entwickelt sich sein Erlösungsbedürfniß.

Es ist wohl zu beachten, daß es sich nicht um die Erlösung des Menschen aus irgendwelcher außer ihm befindlichen bösen Macht handelt, etwa um die Erlösung aus der Hand des Satans, der keine Gewalt über ihn hat, sondern daß einzig nnd allein in dem Menschen der Kampfsplatz und der Sitz der bösen Gewalt liegt. Es kommt nun Alles darauf an, daß wir diesen innern Vorgang verstehen. In Bezug hierauf hält Redner die Lehre für verfehlt, wonach Gott um seiner Gerechtigkeit willen die nothwendige Strafe für die Sünde nicht vergeben könne, darum der Sohn Gottes die Strafe auf sich nehmen mußte, um der Gerechtigkeit Gottes Genüge zu thun. Daß dem nicht so sei, zeigt Redner durch classische Zeugen des Alten Testaments. Nicht Gott ist außer Stande, uns zu erlösen, sondern wir sind außer Stande, uns erlösen zu lassen, so lange die Macht des bösen Begehrens noch nicht in uns überwunden ist von der stärkeren Macht der vollkommenen Liebe. Der Grund der Qual des Unerlösten ist in letzter Beziehung nur das Gefühl des Geschiedenseins von Gott durch die Gott widerstrebende Gesinnung. Ist diese gebrochen, ist der freie Zugang der Seele zu Gott geöffnet, dann verschwindet die Furcht vor Strafe, dann verlangt die Seele auch nicht nach einem fremden Verdienst, welches ihr statt des fehlenden eigenen angerechnet werden müßte, sondern sie weiß, daß sie ohne Verdienst aus reiner Gnade und Liebe angenommen ist. Der Mensch ist dann erlöst wie vom Zwange, so vom Fluche des Gesetzes, wie von der Furcht vor den aus der Vergänglichkeii entspringenden Uebeln, so vom Tode selbst, der ihm die gewonnene Gemeinschaft der Seele mit Gott nicht mehr rauben kann.

Ebensowenig wie man die Erlösung durch eigene bestimmte Leistungen (Opfer, Messen, priesterliche Fürbitten und Aehnliches) erreichen kann, so ist auch die Selbstabtödtung keine Lösung des Problems unseres Lebens, sondern ein Aufgeben desselben; das ist keine Erlösung des Menschen, sondern die in ein System gebrachte Verzweiflung daran, es ist der systematische Pessimismus. Nur in der vollständigen Erkennung des Bösen oder der Sünde und in dem ernsten Kampfe gegen dieselbe wird die wirkliche Befreiung des Menschen zu Stande kommen. Nirgends aber ist die Erkenntniß des Bösen und der Kampf gegen dasselbe so durchgeführt, als in der Geschichte Jesu von Nazareth, wie Redner in eingehender und schöner Weise darlegte. Und in diesem Kampfe hat Jesus nie an dem Erfolge verzweifelt. Dieser vollkommene Sieg Jesu über das Böse, dieser zunächst persönlich von ihm erfochtene volle Triumph über die verderbliche Gewalt: dies und nichts Anderes ist die Grundthatsache der durch ihn vollbrachten Erlösung. Und dieser feste Grund des christlichen Glaubens an die Erlösung durch Christum ist noch niemals mit Erfolg angegriffen worden und kann seiner Natur nach niemals umgestürzt werden. — Nachdem Redner aus dem Gesagten noch einige Folgerungen gezogen hatte schloß er seinen Vortrag, dem die Zuhörer mit sichtlichem Interesse und gespannter Aufmerksamkeit gefolgt waren.

Herrnstadt, 10. Februar. [Fortbildungsschule. — Frauen-Verein. — Vorschuß-Verein. — Lehrer-Vacanz.] Für die hiesige, seit 11 Jahren bestehende Lehrlings-Nachhilfs- und Fortbildungsschule ist der bisher gewährte Staatszuschuß von 150 Mark pro anno wiederum auf 3 Jahre, bis 1881, gewährt worden, ebenso der Zuschuß aus der von Kottwitz'schen Stiftung, welcher jedoch auf 180 Mark erhöht worden ist. — Es hat sich jetzt ein Frauen-Verein hierselbst constituirt, welcher die Armenpflege im Allgemeinen und die Abhilfe aller hervortretenden Noth im Besonderen sich zum Ziel seiner Bestrebungen gesetzt hat. Die Betheiligung scheint eine recht rege werden zu wollen, was in Anbetracht des guten Zweckes, welchen derselbe verfolgt, auch sehr zu wünschen ist. Derselbe findet ein großes Arbeitsfeld hierselbst, da es bisher an all und jeder Concentration nach dieser Richtung hin gefehlt hat. — Am gestrigen Tage fand die diesjährige ordentliche General-Versammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins unter zahlreicher Betheiligung der Mitglieder statt. Der Vortrag des Rechenschaftsberichtes pro 1878 gab zu Debatten keine Veranlassung. Bemerkt sei hierzu, daß die Gesammt-Einnahme 1,160,685 Mark und die Ausgabe 1,154,314 Mark betrug. Vorschüsse wurden geleistet 1,067,338 M. und zurückgezahlt 1,074,920 Mark. Die Summe der am 1. Januar c. außenstehenden Vorschüsse betrug 270,205 M. Die Sparkasse hatte eine Einnahme von 47,476 und eine Ausgabe von 45,456 M. Am 1. Januar hatte dieselbe einen Bestand von 155,765 Mark. Das Mitgliederguthaben betrug 60,432 M. Der Reservefonds hatte eine Höhe von 5667 M. Der Reingewinn betrug 6171 M. Die Dividende pro 1878 wurde auf 10 pCt. festgesetzt. Dem Magistrat hierselbst wurden zu einem gemeinnützigen Zwecke 150 Mark überwiesen. Die Beschickung des diesjährigen Unterverbandstages durch 2 Mitglieder wurde beschlossen. Verluste hat der Verein im verflossenen Jahre nicht zu beklagen gehabt, wohl aber sind in einigen Fällen die Bürgen zum Leiden gekommen. Die Wahl von 4 Ausschußmitgliedern ergab eine Wiederwahl von 3 und die Neuwahl eines Mitglieds. — Nach dem vor Kurzem erfolgten Ableben des 1. Mädchenlehrers und Küsters an der evangelischen Schule und Kirche sind wegen Wiederbesetzung dieser Stelle Magistrat und Schulen-Deputation bereits in Berathung getreten. So viel bekannt geworden, ist von beiden Behörden die Trennung des Schul- vom Kirchenamt in Aussicht genommen. Gleicherweise soll eine solche Trennung auch betreffs des Cantorats erfolgen, welches jetzt der 2. Mädchenlehrer mit verwaltet. Wird diese Neuorganisation durchgeführt, dürfte dieselbe der Schule zum größten Segen gereichen, doch kann dieses nur in dem Falle geschehen, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an Lehrergehalt von Seiten des Staates als Zuschuß gewährt werden. Eine Belastung der Stadtkasse dürfte unter den jetzigen Verhältnissen geradezu unmöglich sein.

---

8 **Antonienhütte**, 10. Febr. [Gewerkverein. — Sängertag. — Frühlingsbote.] Der seit etwa fünf Jahren hierorts gegründete Gewerkverein der deutschen Bergarbeiter, ein Zweigverein des unter der Aegide des Herrn Dr. Max Hirsch in Berlin bestehenden Gewerkverbandes, ist nicht mehr in der Lage, die statutenmäßige monatliche Unterstützung der Wittwen und Waisen verstorbener, dem Verein bis zum letzten Augenblick angehörig gewesener Bergleute zu gewähren. Auf die von Seiten der Betheiligten dem Vorstand des fraglichen Vereins eingereichte Beschwerde wurde denselben eröffnet, in Verfolg der in jüngster Zeit stattgehabten, nicht unerheblichen Austritte und der den Ausgeschiedenen zurückerstatteten Einlagen seien die Mittel des Gewerkvereins erschöpft und zwar dergestalt, daß die statutenmäßigen Pflichtzahlungen an die Hinterlassenen von Vereinsmitgliedern nicht in der Folge mehr geleistet werden können. Wie wir hören, ist die hiesige Ortsarmenbehörde durchaus nicht gewillt, dem hiesigen Armenwesen neue Lasten aufbürden zu lassen, sondern gedenkt die nöthigen Schritte zu thun, um den seitens des Gewerkvereins Unterstützungsberechtigten zu ihrem Rechte zu verhelfen. — In Folge vor einiger Zeit von Seiten des hiesigen Gesangvereins „Antonia“ eingegangener Einladungen an die benachbarten analogen Vereine waren am gestrigen Tage hierorts die benachbarten Gesangvereine aus Beuthen, Zabrze, Borsigwerk und Morgenroth zwecks Abhaltung eines Sängertages in Knopfs Hotel erschienen. Um 3 Uhr Nachmittags eröffnete der Liedermeister des Gesangvereins „Antonia“, Herr Lehrer Hilka, das Sängerfest durch eine gediegene Ansprache. Hierauf gelangten 6 Männerchöre, darunter 3 mit Pianobegleitung, zur Ausführung, welche rauschenden Beifall des Auditoriums ernteten. Der übrige Theil des Abends wurde theils durch gemüthliche Unterhaltung, theils durch humoristische Gesänge ausgefüllt, von denen namentlich die „Ballscenen“ und die „Landpartie“ besondere Erwähnung verdienen. — Das vor Kurzem eingetretene Thauwetter hat uns bereits einen seltsamen Frühlingsboten gebracht. Von einem hiesigen Handwerker wurde heute auf dem hiesigen Friedhofe ein vollkommen ausgebildeter Maikäfer gefunden, welchen Gast ich der verehrlichen Redaction zur gefälligen Ansicht hiermit einsende. (Derselbe ist glücklich in unserem Bureau angelangt. D. Red.)

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 **Breslau**, 12. Februar. [Schwurgericht. — Fortsetzung 1.] Bei der Wiedereröffnung der Sitzung stellt der Herr Vorsitzende die Frage an den Angeklagten Czmiel: Sie sind dreier schwerer Verbrechen angeklagt, bekennen Sie sich erstens des Mordes an Londa schuldig? Angekl. Czmiel (mit fester Stimme): Ja wohl. — Vors.: Bekennen Sie sich zweitens des Mordes an Fietze schuldig? Cz.: Ja wohl. — Vors.: Bekennen Sie sich des Mordversuchs an Hamann schuldig? Cz. (sehr lebhaft): Nicht allein für schuldig. — Die Angeklagten Kaiser und Vater antworten auf die Fragen bezüglich der Morde mit „Nein!“ Hinsichtlich des Meineides sagt K.: „Mit Absicht habe ich das nicht gethan.“

Vorf.: Ich werde zunächst die Angeklagten Cz. und Kaiser wegen des Londaschen Mordes vernehmen und daran die Beweisaufnahme dieses Falles knüpfen.

Angeklagter Cz., eine Figur mittlerer Größe von nahezu schwächlichem Aussehen, besitzt ein augenscheinlich durch die Gefängnißluft gebleichtes Gesicht, hohe freie Stirn, eine auffällig lange, gerade Nase und ein schwaches Schnurrbärtchen dienen dazu, ihm ein etwas frappantes, keineswegs aber abstoßendes Aussehen zu geben. In der Sprache ist das polnische Idiom unverkennbar. Im Allgemeinen spielt er den frömmelnden Sünder; trotz des Festhaltens dieser Rolle steht aber unverkennbar fest, daß, abgesehen von seinen vielen lügnerischen Behauptungen während der Untersuchung auch jetzt noch vieles Falsche von ihm als „wahrhaftige Aussage“ hingestellt wird. Seiner ziemlich weitschweifigen Erzählung, in die er so oft als möglich sein früheres glückliches Eheleben sowie die angebliche spätere Untreue seiner Frau verflicht, vermögen wir mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum nicht zu folgen; erwähnenswerth dürfte aber sein, daß anscheinend schon während seines Ehelebens einige Damen der Halbwelt in vertraulichem Verkehr mit Cz. standen.

Zwei dieser Mädchen hatte er s. Z. so bestimmt der Anstiftung zum Londaschen Morde bezichtigt, daß jene gefänglich eingezogen und längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten wurden, bis sich ihre Schuldlosigkeit erwies. „Ja, meine Herren Geschworenen, ich weiß zwar, daß ich keinen Glauben bei Ihnen verdiene, denn ich habe meinen Untersuchungsrichter in Neumarkt, der es so gut mit mir meinte, sehr, sehr oft belogen, aber ich bin in mich gegangen, ich habe zu meinem Gott gebetet und sage jetzt nur die volle Wahrheit. Ich bekenne mich selbst als den größten Verbrecher, den verworfensten Menschen. Jene Mädchen zeigte ich aus Rache an, weil sie mir die Wintersachen nicht in das Gefängniß schickten, aber wahr ist die Geschichte, daß Londa bei einer meiner Bekannten gewesen war, nur betrifft dies nicht die Schwestern J., sondern die Wittwe A. (Der Herr Präsident ermahnt den Angekagten wiederholt, nicht neue Lügen vorzubringen. Cz. versichert aber, er rede nur die Wahrheit.) Nunmehr erzählt Cz., daß er in der Nacht vom 27. zum 28. August bei der A. genächtigt, dann im Laufe des Dinstags zu den Schwestern F. gegangen sei und von dort weggehend, etwa Nachmittag 5 Uhr der A. begegnete, welche ihm erzählte, daß sie mit einem Viehhändler, der einen ganzen „Klumpen Geld“ gehabt, etwas vorgehabt. Der Viehhändler sei nach Hundsfeld gegangen, es möchte sich lohnen, ihn zu berauben, doch Cz. müsse noch einen Mann zur Hilfe haben, da Jener sehr stark wäre. Hierauf beabsichtigte Cz. den Kaiser aus der Deter'schen Cigarrenfabrik (Friedrich-Wilhelmstraße) zu holen. Er traf denselben aber schon auf der Königsbrücke, weil K. zufällig zeitiger Feierabend gemacht hatte. K. erklärte sich sofort zur Theilnahme bereit, schnitt sich am Wäldchen im Gesträuch einen Stock ab (dies erscheint dem Präsidenten doch sehr unwahrscheinlich, Cz. beharrt jedoch bei seiner Angabe), alsdann bestiegen sie zusammen mit der A. die inzwischen von dieser am polnischen Bischof bereit gehaltene Droschke. An den ersten Häusern Hundsfelds stiegen sie aus; sie hofften den Viehhändler zu treffen. Da sie ihn nicht fanden, wollten sie den nächsten Zug zur Rückreise benützen, hörten aber, daß dieser in Hundsfeld keine Passagiere aufnehme. Aus dem am Bahnhof gelegenen (Geppert'schen) Gasthof trat der Viehhändler in demselben Augenblick, als die drei dort vorbeigingen. Die A. blieb zurück. Mein Freund Kaiser aber — — Kaiser (heftig auffahrend): Ich bin nicht Dein Freund. (Cz. wiederholt noch mehrere Male mit besonderer Betonung dieses, „ja mein Freund Kaiser hier.“) Also Kaiser begleitete den Londa. Cz. folgte in einiger Entfernung, gesellte sich aber später zu den Beiden. Die A. blieb in größerer Entfernung. Als es dunkel geworden, verlangte K. den Cz.'schen Revolver und schoß damit schnell zwei Mal nach Londa. Nach dem ersten Schuß (früher hatte Cz. von Stichen gesprochen) setzte sich L. auf einen Steinhaufen, „Gott erbarme Dich meiner“, sagte er, da erhielt er schon den zweiten Schuß (in den Kopf) und war todt. K. nahm ihm die Brieftasche, Notizbuch 2c. ab. Dann gingen sie zurück. Auf der Chaussee theilten sie — es war heller Mondschein — das geraubte Geld, 30 Thlr. Jeder nahm 12 Thlr., die A., welche dazu getreten war, erhielt 6 Thlr. — Vorf.: Wie kamen Sie denn eigentlich in Besitz der Dose und des Notizbuches. Angekl.: K. wollte diese Gegenstände wegschmeißen. Präs.: Das wäre wohl auch für Sie das Klügste gewesen. Angekl.: Ja wohl, meine H. Geschw., dann wäre ich nicht durch die Sachen verrathen worden. Das ist aber mein Unglück, schon seit meiner Kindheit kann ich nichts wegwerfen, die Habsucht bewog mich, die Gegenstände an mich zu nehmen. — Auf dem Rückwege will Cz. mit K. etwa gegen 11 Uhr in den Geppert'schen Gasthof eingekehrt sein, während die A. vor dem Hause wartete. Beide tranken ein Glas Bier, verließen dann das Gastzimmer und trödelten die ganze Nacht auf der Chaussee, resp. dem Mathiasfelde, umher, damit die Nachbarn der A. nicht deren spätes Nachhausekommen bemerken sollten.

K. stellt jede Theilnahme in Abrede. Für die Betheiligung der A. hat die Untersuchung keine Anhaltspunkte geboten. Es wird erörtert, warum Cz. den K. erst Ende November der Theilnahme beschuldigte, Cz. sagt, sein „Freund Kaiser“ habe ihm um seiner Famililе willen leid gethan, nachdem er (Cz.) aber in Erfahrung gebracht, daß K. den Verdacht auf ihn (Cz.) gelenkt, gewannen die Rachegefühle die Oberhand. Später bezichtigte Cz. einen gewissen Kupke und erklärte, nicht Kaiser sondern Kupke habe an dem Morde theilgenommen. Zu dieser Angabe will Cz. durch einen Zettel, welchen er im Gefängniß zu Neumarkt durch Vermittelung eines Untersuchungsgefangenen von Kaiser erhielt, bewogen worden sein. In der Beweisaufnahme wird dieser Correspondenz besonders gedacht werden. — Kaiser, mindestens 8 Zoll über das Militärmaß groß, ist von hagerer Figur. Er hat bartloses Gesicht und scharf vorstehende Backenknochen. Mit hoch erhobenem Kopf, großer Lebhaftigkeit und nicht ohne Geschick bringt er in fließender Rede diejenigen Umstände vor, welche nach seiner Meinung ihn von dem Verdachte des Mordes reinigen müssen.

Der erste Sitzungstag schließt mit der Vernehmung des Untersuchungsrichters, Herrn Kreisgerichtsrath Göbel, aus Neumarkt. Derselbe beschreibt insbesondere die Scene, welche veranlaßt wurde, als Cz. dem K. die Beschuldigung das erste Mal in das Gesicht sagte, als eine für die Schuld des K. sprechende. In höchst widerwärtiger Weise suchte K. den Cz. durch Bitten zur Zurücknahme der Anschuldigung zu bewegen. Er fiel vor ihm auf die Knie, küßte ihm die Hand und als dies alles den Cz. nicht anderen Sinnes machte, da drohte er ihm mit Gott und der Vergeltung. Die gesammte Beweisaufnahme umfaßt mehr als 60 Belastungszeugen.

8 **Breslau**, 12. Febr. [Schwurgericht.] (Fortsetzung 2.) Bei Eröffnung der Sitzung am zweiten Verhandlungstage stellt der Herr Vorsitzende zunächst an Cz. noch einige Fragen betreffs der Vorgänge nach dem Londa'schen Morde. Derselbe weicht da, wo seine frühere Angabe mit der gestrigen Aussage differirt, der bestimmten Antwort dadurch aus, daß er sagt: „Ich weiß das nicht mehr genau“ oder: „Darauf kann ich mich nicht erinnern“. — Alsdann wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Wir registriren kurz diejenigen Zeugenaussagen, welche für den Gang des Processes von besonderer Wichtigkeit sind.

Bauersohn Schöbel aus Langewiese wurde am Donnerstag, den 30sten August 1877, Nachmittags 5 Uhr, durch Fuhrleute benachrichtigt, daß ein todter Mann im Chausseegraben liege. Der Mann war Mittwoch schon bemerkt worden, die Landleute hatten ihn jedoch nur für einen Schlafenden gehalten.

Bahnwärter Ritter hat sein Bahnwärterhäuschen etwa 300 Schritt von dem Fundort der Leiche, circa ¼ Meile vor Sibyllenort. Er erhielt die Nachricht von dem Auffinden durch Schöbel. R. hörte Mittwoch Abend 8¾ Uhr Rufe (der Mord wäre nach dem Geständniß Czmiel's Dinstag Abend erfolgt), bekümmerte sich aber nicht weiter darum. Schüsse hat er nicht gehört.

Gemeindevorsteher Jenke ließ die Leiche noch am Abend des 30. August in das Spritzenhaus zu Langewiese schaffen, dort fand am 1. September die Section statt.

Schwarzviehhändler Franz Londa (Cousin des Ermordeten) trennte sich von demselben am Montag, den 27. August, Abends 6 Uhr in Minken, ¼ Stunde von Rodeland. Er recognoscirte später die Leiche, die Kleidungsstücke 2c.

Schwarzviehhändler Kentzierski hat Londa zuletzt am 28. August, Mittags 12 Uhr, in Groß-Nädlitz getroffen. Ihm hat L. erzählt, daß er die vergangene Nacht in Rodeland übernachtet habe.

Gendarm Fremdling hat sich im Auftrage des Staatsanwalts zu Oels viel Mühe gegeben, um anszukundschaften, welchen Weg Londa am 28sten August genommen hatte. Es ist ihm gelungen, den Nachweis mit größter Genauigkeit zu führen. Von Ort zu Ort verfolgte er die Spur bis zum Geppert'schen Gasthof in Hundsfeld. Demnach gilt als feststehend, daß die Cz.'sche Angabe: „Londa habe die Wittwe A. oder die Schwestern J. in Breslau besucht oder gar bei ihnen genächtigt“, voll und ganz erlogen sein muß. Londa hat sich nur in etwa 2 Meilen Entfernung von der Stadt bewegt und ist von seiner Tour gar nicht abgewichen.

Gastwirth Geppert bestätigt, daß am Abend des 28. August gegen 11 Uhr zwei Fremde in seine Gaststube getreten sind und jeder ein Glas Bier getrunken hat. G. spielte zur Zeit mit einem Freunde Karten. Obgleich die Fremden nichts Auffälliges an sich hatten, sagte G. doch damals: „Gott sei Dank, daß die Kerle nicht hier übernachten wollten.“

Frau Geppert begegnete bekanntlich dem Londa in Begleitung eines Fremden Abends nach 7 Uhr. Sie sprach ihn an, weil L. nach Oels zuging, anstatt wie vorher bestimmt von Hundsfeld aus mit der Bahn zu fahren. Beide Männer waren im eifrigen Gespräch und hörten sie nicht. Von den Angeklagten kann sie keinen mit voller Bestimmtheit als jenen Begleiter bezeichnen, aller Wahrscheinlichkeit nach muß es jedoch Cz. gewesen sein. Kaiser, meint sie, war es unbedingt nicht, denn jener Mann hatte dunkles oder schwarzes, K. dagegen helles Haar.

Bald nach der Ermordung des L. ist Cz. in Gesellschaft einer unverehelichten Koschny in Oberschlesien herumgebummelt und hat mit derselben verschiedene Nachtquartiere getheilt. Sie bezeichnet ihn als einen sehr verlogenen Menschen. Er hatte ihr die Ehe versprochen.

Gefangenen-Aufseher Wanke aus Neumarkt wird hauptsächlich wegen dem zwischen Cz. und Kaiser stattgehabten Schriftwechsel vernommen. Jener Beamte wollte anscheinend auch das Seinige zur Ueberführung der Mörder beitragen und da kam ihm folgender Gedanke ein. Wenn Cz. an den K. schreibt, der Zettel durch einen Mitgefangenen, welcher die Calfactorstelle inne hatte, expedirt wird, so schreibt K. jedenfalls Antwort und bekennt sich wahrscheinlich dem Cz. gegenüber schuldig. W. ließ sich also mit Cz. in ein Gespräch ein und versprach ihm auf sein Verlangen Bleistift und Papier. Cz. beschrieb das kleine Stückchen Papier auf einer Seite. W. erlangte natürlich durch den mit ihm im Einverständniß handelnden Calfactor Einsicht in den Zettel, sein Inhalt lautete: „Lieber Waldemar! Du weißt doch wie es mit mir steht. Es wäre jetzt noch Zeit mich zu retten. Wenn Du mir versprichst, mich zu retten, so widerrufe ich meine Aussage gegen Dich und Du kommst frei. Du mußt dann zwei meiner Bekannten in Breslau, die ich Dir später nennen werde, auffordern, daß sie mich befreien.“ Als der den Verkehr vermittelnde Gefangene am nächsten Tage die Antwort an Cz. gab, nahm W. den Zettel weg und brachte ihn dem Untersuchungsrichter. Doch dieser erklärte solche Schritte für ungesetzlich und der Untersuchung unwürdig und ließ dem W. eine ernste Rüge zu Theil werden. Der Zettel ist leider verloren gegangen. Er soll nach der Cz.'schen Erinnerung gelautet haben: „Lieber Albert! Gott segne Deine Gedanken. Deinen Wunsch werde ich gern erfüllen. Wenn Du noch einen Wunsch hast, so darfst Du ihn blos sagen.“ Cz. behauptet ferner, es hätte noch ein zweiter Zettel beigelegen, auf dem geschrieben stand: „Halte den Kupke fest, Kupke ist Dein Verräther.“ Diesen Zettel will Cz. schnell vernichtet haben. W. erklärt dies für rein unmöglich, da er sofort nach der Uebergabe dazu getreten sei. Auch K. bestreitet, einen zweiten Zettel geschrieben zu haben. Nach seiner Behauptung hatte das Antwortschreiben folgenden Wortlaut: „Lieber Albert! Könnte ich Dir je einen Gefallen thun, so würde ich es gern thun. Es ist gut, daß Du die Wahrheit sagen willst, Du weißt ja, daß ich unschuldig bin. Gott stärke Dich in Deinem Vorhaben.“

W., befragt, wie sich Cz. und K. gegen einander verhielten und welchen Eindruck die Beschuldigung des Cz. auf K. gemacht, antwortete: „Gott, sie thaten immer wie alte Bekannte. Lieber Albert und lieber Waldemar nannten sie sich. Als Cz. die Beschuldigung aussprach, da versuchte K. alles Mögliche, um ihn umzustimmen, erinnerte ihn an ihre alte Freundschaft, er solle seine Familie nicht unglücklich machen, ihm so Etwas nicht anthun u. s. w.“ Angeklagter Kaiser: Herr Präsident! Ich bitte ums Wort. Der Vorsitzende ertheilt es ihm. Angekl. K.: Hoher Gerichtshof und meine Herren Geschworenen. Es wird mir fortwährend mein Benehmen bei der Confrontirung mit Cz. zum Vorwurf gemacht und als Belastung betrachtet. Nun denken Sie sich doch aber nur in meine Lage. Ich wurde von Cz. des schwersten Verbrechens beschuldigt. Wohl fühlte ich mich unschuldig, doch kannte ich ja derartige Fälle schon. Die Bezichtigung genügt, um monatelanger Untersuchungshaft ausgesetzt zu werden. Ich dachte an meine arme, verlassene Frau, welche hochschwanger war, an mein Kind und da gestehe ich es ja, da habe ich den verworfenen Menschen gebeten, geküßt, geweint habe ich — alles war vergebens, doch ein Vorwurf ist mir wohl aus dieser Handlungsweise nicht zu machen, soll sich doch ein Anderer nur in meine Stelle versetzen.

Kreisgerichtsrath Göbel deponirt, daß gerade jenes Benehmen den Cz. zu dem Ausrufe bewog „Nun Herr Gerichtsrath, werden Sie es nun glauben, daß Kaiser der Mörder ist“. K. hatte immer ein großes Verstellungstalent, etwas Schauspielerisches an sich. Geweint hat er nicht, sondern zuletzt ganz salbungsvoll wie ein Priester gesprochen. Kaiser (ins Wort fallend): Ich war noch nie Schauspieler gewesen!

Kreisphysikus Dr. Dittrich und Kreiswundarzt Dr. Stasch aus Oels haben die Section der Leiche des Londa am 1. September 1877 vorgenommen. Der untergelaufene Irrthum, daß der Tod durch Stiche anstatt durch Schüsse erfolgt sein sollte, findet seine Erklärung in dem Umstande, daß die Wunden am Eingange keine Brandflecke — das charakteristische Zeichen des Schusses — aufwiesen.

Kreisphysikus Dr. Altmann und Wundarzt Dr. Thalheim aus Polnisch-Wartenberg erhielten den Auftrag zur Resection der Leiche am 26. März 1878 — also nahezu 7 Monate nach der Ermordung. — Nach der Exhumirung erwies sich die Leiche als in trockene Verwesung übergegangen. Die Weichtheile waren zum großen Theile ein modriger Brei geworden. Im hinteren Theile des Schädels fand sich, genau am Ende des schon früher beschriebenen Wundcanals ein Stück Blei, welches als von einer Revolverkugel herrührend, erkannt wurde. Löffelweis wurden die Eingeweide ausgeschöpft; nach längerer Thätigkeit entdeckte man in diesem Brei eine vollständige Revolver-Spitzkugel.

Kaiser hat, wie schon erwähnt, unterm 2. November 1877 bei seiner Vernehmung als Zeuge in der Voruntersuchung gegen Cz. die Zuchthaus-Vorstrafe — welche er 1873 und 1874 gemeinsam mit Cz. zu Striegau verbüßte — verschwiegen; ferner die nähere Bekanntschaft mit Cz. erst in das Frühjahr 1877 — jene Zeit, wo auch Cz. bei Deter arbeitete — verlegt. Die Anklage sucht nachzuweisen, daß K. jene falschen Angaben in schlauer Berechnung machte, um nämlich den Verdacht des Mordes an Londa von sich abzuhalten. — K. will sich genirt haben, in Gegenwart des Polizei-Commissarius Schewenz und des Schutzmanns Otte seine Zuchthausstrafe zu erwähnen. Er hält überdies jede Strafe für entehrend, anderseits befand er sich bereits wieder im Besitz der Ehrenrechte und war eidesfähig. Die Bekanntschaft, welche er mit Cz. im Zuchthause machte, hielt K. nicht für eine „nähere Bekanntschaft“, ebensowenig verkehrte er als College in der Deterschen Fabrik mit ihm. Daß sie sich mit „Du“ und mit

„lieber Bruder" anredeten, beweise noch gar keinen näheren Verkehr, denn das „Du" sei unter den Cigarrenmachern allgemein üblich. Die Cigarrenmacher Grätzke, Rappich, Sonnenberg und Mischke bestätigen, daß K. wenig mit Cz. verkehrte. Dagegen hat ein Gastwirth Schubert — früher Rosenstraße wohnhaft — eidlich erklärt, K. sei sehr oft mit Cz. zusammen in seinem (des Zeugen) Local gewesen. K. behauptet, Schubert kenne den Cz. gar nicht, verwechsele denselben vielmehr mit Grätzke. Als Cz. im Gefängniß zu Neumarkt dem Zeugen Schubert vorgestellt wurde, kannte dieser den Zeugen auch nicht. Schubert ist vor einigen Monaten gestorben, ein etwaiger Irrthum kann also nicht mehr aufgeklärt werden. Frau Kaiser weiß, daß ihr Mann vom Frühjahr bis Herbst 1877 nur vier Mal mit Cz. zusammengekommen ist, darunter sind zwei sehr kurze Begegnungen auf der Straße. Ferner behauptet sie, ihr Mann sei immer spätestens um 10 Uhr zu Hause gewesen und war keine Nacht abwesend. Meist gingen sie zusammen aus der Fabrik nach Hause. (Frau K. arbeitete auch bei Deter.) Das Arbeitsbuch des K. weist nach, daß er sowohl am 28. als auch am 29. August 1877 je 500 Stück Cigarren arbeitete, — ein Quantum, welches nur von tüchtigen Arbeitern bei ganzer Tagesarbeit geleistet werden kann.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Braunschweig, 12. Febr. Die Commission zur Berathung des Regentschaftsgesetzes hat eine Fassung des Entwurfs vorgeschlagen, welche im Wesentlichen mit der Regierungsvorlage übereinstimmt. Die hauptsächlichsten von der Commission beantragten Aenderungen bestehen darin, daß das Gesetz nicht für einen einzelnen in Aussicht stehenden Fall, sondern für mögliche Fälle verschiedener Art als eine Ergänzung des Landesgrundgesetzes erlassen werden soll. Ferner wird der Regierungsvorlage hinzugefügt, daß der eventuelle Regentschaftsrath an den Kaiser das erforderliche Ersuchen zu dem Zwecke zu richten habe, daß das Verhältniß Braunschweigs zum Reiche, namentlich das Stimmrecht im Bundesrathe für die Dauer der durch den Regentschaftsrath geführten provisorischen Regierung in einer der Reichsverfassung entsprechenden Weise geordnet werde. In dem Commissionsberichte wird mit Bezug auf diesen Zusatz bemerkt, derselbe solle „unsere Gesinnung dahin constatiren, daß wir keineswegs gesonnen sind, uns der Unterordnung unter Kaiser und Reich irgendwie zu entziehen."

Wien, 12. Febr. Meldungen der „Polit. Corresp." aus Konstantinopel: Der größte Theil der aus Rumelien abmarschirenden russischen Armee soll über die Dobrudscha nach Rußland zurückkehren. In Bessarabien verbleiben zwei Infanterie- und zwei Kosaken-Divisionen. Das Gerücht von Erkrankungen an der Pest in Adrianopel ist durchaus unbegründet. — Aus Belgrad: Gestern fand im Ministerium des Innern eine Berathung über gegen die Einschleppung der Pest an den Grenzen gegen Bulgarien und gegen die Türkei zu ergreifende Vorsichtsmaßregeln statt, welche identisch mit den bezüglichen Maßnahmen Oesterreichs sein dürften. Die Skupschtina bewilligte hierzu vorläufig einen Credit von 15,000 Ducaten; auch wurde Georgievits in besonderer Mission der serbischen Regierung nach Wien und Pest delegirt. — Aus Salonichi vom 10. d.: Es ist amtlich festgestellt worden, daß der vermeintliche Fall von Metastasis bubonica in dem Dorfe Schikowa bei Xanthi daselbst schon Ende December vorgekommen war, jedoch für Typhus erklärt wurde.

Bern, 11. Febr. Nach hier vorliegenden Nachrichten sind durch die gestern im Flecken Meiringen (Berner Oberland) ausgebrochene Feuersbrunst über 100 Gebäude in Asche gelegt worden.

Neapel, 12. Febr. Die Gutachten der Aerzte über den Geisteszustand Passamantes erklären jede Geistesstörung für ausgeschlossen. Die öffentliche Verhandlung findet wahrscheinlich am 26. Februar oder 5. März statt.

Southampton, 12. Februar. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Weser" ist hier eingetroffen.

Berlin, 12. Febr. [Börse.] Die Börse eröffnete den heutigen Verkehr in einer recht festen Tendenz. Obschon hierzu die günstigen Meldungen von den auswärtigen Plätzen in der Hauptsache die Anregung gegeben haben, so darf doch nicht verkannt werden, daß auch die hiesige Börse in ihrer Grundstimmung selbstständig zur Festigkeit neigt. Wie schon gestern, so wurden auch heute umfangreiche Meinungskäufe zur Ausführung gebracht, und hatten dieselben für die erste Börsenstunde fortdauernde Courssteigerung zur Folge. Später büßte der Verkehr an Regsamkeit ein, und benutzten vorsichtige Speculanten den Stillstand in der Bewegung sofort zu Realisationskäufen. Speciell wurde hierdurch ein Druck auf die internationalen Speculationspapiere erzeugt, der auch in dem nun eintretenden, indeß nur geringe Ausdehnung gewinnenden Coursrückgang ziffermäßigen Ausdruck gewann. Oesterreichische Creditactien gingen verhältnißmäßig am regsten um, Franzosen verhielten sich ruhiger und Lomb. betheiligten sich kaum am Verkehr, obschon sie einen verhältnißmäßig unbedeutend höheren Cours erreichten. Die österreichischen Nebenbahnen gingen ziemlich lebhaft um, bevorzugt waren besonders Josefb., Rudolfb. und Elbethalbahn. Weniger fest zeigten sich die localen Speculationseffecten. Es notirten Disc.-Comm. ult. 128—7¼—7½, Laurahütte ult. 65¾—6¼. Trotzdem die ausländischen Staatsanleihen sehr still blieben, so trugen sie doch eine recht feste Tendenz. Russische Werthe langsam anziehend, 5% Staatsanl. per ult. 84⅛—84, Russ. Noten per ult. 196—195½, (Vorpr. 197¼|1½), per März 196½—96, (Vorprämie 198½/3). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahnprioritäten fest und begehrt, besonders Berg.-Märk. C., Görlitz B. und C. und Köln-Mindener VI. Von auswärtigen Devisen zeichneten sich Gotthardbahn-Priorit. und Ostrau-Friedland durch Nachfrage zu steigendem Course aus. Auf dem Eisenbahnactienmarkte war die Tendenz recht fest. Per ult. notiren Berg. 77,75 bis 50—90—75, Köln. 104,10—25, Rhein. 107—106,90—107,10—107. Stettiner belebt und steigend, Potsdamer und Halberstädter beliebt, Thüringer anziehend, Ostpreußische Südbahn höher, Rumänen schwach, Werrabahn ging recht lebhaft um. Von Stamm-Pr.-Actien Görlitzer bevorzugt. Bankactien trugen eine sehr ruhige Haltung, waren aber ziemlich fest. Niederlausitzer Bank steigend. Norddeutsche Grundcredit zog ebenfalls im Course an. Berliner Cassenverein besser. Weimarische Bank und Meininger höher. Centralbank für Bauten, Leipziger Credit, Baseler Bankverein, Braunschweiger Bank, Pommersche Hypothekenbank kamen ebenfalls höher zur Notiz. Deutsche Bank ließ etwas nach. Hübner Hypoth. weichend. Industriepapiere in mäßigem Verkehr. Schloßbrauerei besserte die Notiz, Tivolibrauerei ließ etwas nach. Omnibus zog im Course an, ebenso Dessauer Gasactien und Greppiner Werke. Sächs. Webstuhlfabrik steigend, Union Tabak niedriger. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf beliebt und höher. Leopoldshall anziehend. Montanwerthe wieder in guter Festigkeit. Lauchhammer, Kölner Bergw., König Wilhelm, Hibernia, Pluto höher.

Um 2½ Uhr: Still. Credit 397,—, Lombarden 118,—, Franzosen 427,—, Reichsbank 153,20, Disconto-Commandit 127,25, Laurahütte 65,50, Türken 12,70, Italiener 74,60, Oesterr. Goldrente 64,75, Ungarische Goldrente 72,—, Oesterr. Silberrente 54,60, do. Papierrente 53,60, 5% Russen 84,10, Köln-Mindener 104,—, Rheinische 107,50, Bergische 77,—, Rumänen 28,75, Russische Noten 195,50, Orient —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,50 bez., do. Eisenb.-Coup. 173,50 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,155 bez., do. Prioritäten 4,15 bez., do. Papier-Dollars 4,15 bez., 6% New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. —,— bez., Russ. Zoll 20,53—54 bez., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —,— bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Lstr.-Obligat. 20,39 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 12. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 432. Pariser Wechsel 81, 00. Wiener Wechsel 173, 80. Böhmische Westbahn 142½. Elisabethbahn 140¾. Galizier 192¼. Franzosen*) 213½. Lombarden*) 58½. Nordwestbahn 97¾. Silberrente 54⅞. Papierrente 53 13/16. Oesterreich. Goldrente 65. Ungar. Goldrente 72⅛. Italiener —. Russ. Bodencredit 73⅜. Russen 1872 83⅜. Neue russische Anleihe 84¼. 1860er Loose 110⅜. 1864er Loose 261, 80. Creditactien*) 199⅛. Oest. National-Bank 684, 50. Darmstädter Bank 115⅜. Meininger Bank 72⅝. Hess. Ludwigsbahn 68. Ungarische Staatsloose 151, 50. do. Schatzanweisungen 102 5/16. do. Ostbahn-Obligationen II. 64 7/16. Central-Pacific 105 11/16. Reichsbank 153⅛. Reichs-Anleihe 95⅞. II. Orientanleihe 56¼. Discont — pCt. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 198¼, Franzosen 213¼, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —. Orientanleihe —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 12. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¾, Silberrente 54⅝, Oest. Goldrente 64¾, Ung. Goldrente 72, Creditactien 198¾, 1860er Loose 110¼, Franzosen 534, Lombarden 145½, Ital. Rente 74¾, Neueste Russen 84, Vereinsbank 121¾, Laurahütte 65¼, Commerzbank 101¾, Norddeutsche 136½, Anglo-deutsche 35½, Intern. Bank 84⅜, Amerik. de 1885 96⅛, Köln-Minden. St.-A. 104, Rhein. Eisenbahn do. 106¾, Bergisch-Märkische do. 77¾, Disconto 2 pCt. — Fest.

Hamburg, 12. Februar, Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 174 Br., 173 Gd., per Mai-Juni 176½ Br., 175½ Gd. Roggen per April-Mai 116 Br., 115 Gd., per Mai-Juni 118 Br., 117 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl fest, loco 59, per Mai 58½. Spiritus still, per Februar 42¾ Br., per März-April 42½ Br., per April-Mai 42½ Br., per Mai-Juni 42½ Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2500 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 50 Br., 9, 40 Gd., per Februar 9, 40 Gd., per März-April 9, 45 Gd. — Wetter: Regen.

Liverpool, 12. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 3000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 12. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Matt. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung und März-April-Lieferung 5 13/32 D.

Pest, 12. Februar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco ruhig, Termine matt, per Frühjahr 8, 42 Gd., 8, 47 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 35 Gd., 5, 40 Br. — Mais (Banat) per Frühjahr 4, 85 Gd., 4, 87 Br. — Wetter: Mild.

Paris, 12. Februar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 26, 75, per März-April 26, 75, per Mai-Juni 27, 00, pr. Mai-August 27, 25. Mehl behauptet, per Februar 58, 50, per März-April 59, 00, per Mai-Juni 59, 50, per Mai-August 59, 75. Rüböl behauptet, per Februar 83, 50, per März-April 84, 00, per Mai-August 85, 00, per September-December 86, 25. Spiritus weichend, per Februar 56, 50, per Mai-August 56, 50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 12. Februar, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilgr. 51, 50, Nr. 5/7/8 pr. Februar per 100 Klgr. 57, 50. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Klgr. per Febr. 61, 25, per März-April 61, 50, per Mai-August 62, 25.

London, 12. Februar. Havannazucker Nr. 12 22. Träge.

Antwerpen, 12. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23½ bez. u. Br., per März 24 Br., per April 23½ Br., per Septbr.-December 26 Br. — Behauptet.

Bremen, 12. Febr., Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 15, per März 9, 25 bez., per April 9, 30, per Mai 9, 40, per August-December 10, 10.

Berlin, 12. Febr. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist veränderlich, die Luft weniger mild. Im Terminhandel mit Roggen war es heute ruhig, der Preisstand erfuhr keine merkliche Veränderung. Loco ist nicht viel angeboten, dennoch ließen sich kaum gestrige Preise erzielen. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen war fest und eher etwas besser zu verwerthen, doch blieb der Verkehr in bescheidenen Grenzen. — Hafer loco flau. Termine unbelebt. — Rüböl bei wenig vermehrtem Angebot etwas matter. — Petroleum fester. — Spiritus in beschränktem Verkehr. Gestrige Preise haben sich leidlich zu behaupten vermocht.

Weizen loco 150—190 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, defecter weißer poln. — M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 173—173½ Mark bez., per Mai-Juni 176 M. bez., per Juni-Juli 179 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-October — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 113 bis 128 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 111—115 M., inländischer 120—124 M., feiner inländischer 126 M., klammer inländischer 116 M. ab Bahn bez., per Februar 121—121⅛ M. bez., per Februar-März 121—121½ M. bez., per April-Mai 120½—121 Mark bez., per Mai-Juni 120½—121 Mark bez., per Juni-Juli 122½ M. bez., per Juli-August 123½—123—123½ M. bez., per September-October 125½—125 M. bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 110 bis 185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco 118—123 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 95—135 M.

Spiritus loco ohne Faß 51,5 M. bez., per Februar 51,6 M. bez., per Februar-März 51,6 M. bez., per April-Mai 52,3 M. bez., per Mai-Juni 52,5 M. bez., per Juni-Juli 53,3 M. bez., per Juli-August 54,2 M. bez., per August-September 54,7 M. bez. Gekünd. 10,000 Liter. Kündigungspreis 51,5 Mark.

Breslau, 13. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 13,20—15,60—16,90 Mark, gelber 13,00—15,30 bis 16,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,30 bis 11,20 bis 11,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mark, weiße 13,30—14,20 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 9,40—10,00—10,60 bis 12,00 Mark.

Mais gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 9,70—10,20—10,70 Mark.

Erbsen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00—14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80—8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein in fester Stimmung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	25	—	23	—	22	—
Winterraps	24	75	23	—	22	—
Winterrübsen	24	25	22	50	21	50
Sommerrübsen	24	50	23	—	21	50
Leindotter	19	50	18	50	17	50

Rapskuchen ruhig, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother nur feine Qualitäten preishaltend, pr. 50 Kilogr. 33—36—40—43 Mark, weißer matt, pr. 50 Kilogr. 39—50 bis 54—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee preishaltend, pr. 50 Kilogr. 15,50—18,50—20 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,00—26,00 Mark, Roggen fein 18,50—19,00 Mark, Hausbacken 17,50—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

Heu 2,40—2,70 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—19,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 12., 13.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 5°,6	+ 4°,5	+ 0°,8
Luftdruck bei 0°	324''',56	326''',30	327''',80
Dunstdruck	2''',81	2''',81	1''',89
Dunstsättigung	86 pCt.	94 pCt.	88 pCt.
Wind	W. 1.	W. 1.	W. 2.
Wetter	trübe.	Regen.	bedeckt.

Breslau, 13 Febr. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 26 Cm. U.-P. 1 M. 20 Cm. Eisstand.

Berliner Börse vom 12. Februar 1879.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,90 G
Consolidirte Anleihe	4½	105,00 bz
do. do. 1876	4	95,90 bz
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schuldscheine	3½	91,75 bzG
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	148,00 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,30 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	102,00 G
Pommersche	3½	84,40 G
do.	4	95,90 bzG
do.	4½	105,00 bz
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	95,50 bz
Schlesische	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	95,20 bzG
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96,40 bz
Pommersche	4	96,10 bz
Posensche	4	96,00 bz G
Preussische	4	96,20 B
Westfäl. u. Rhein.	4	98,75 bz
Sächsische	4	97,20 G
Schlesische	4	97,40 G
Badische Präm.-Anl.	4	123,00 G
Baierische 4% Anleihe	4	124,70 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	116,60 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	73,90 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 244,00 B
Badische 35 Fl.-Loose 154,00 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,50 bz
Oldenburger Loose 142,10 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	108,30 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,50 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	93,75 bzG
do. do. do.	5	100,75 G
Künd br. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 G
Unkünd. do. (1872)	5	102,50 bzG
do rückzb. à 110	5	107,75 bz
do. do. do.	4½	99,00 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	100,25 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 G
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	93,25 G
do. do. Pfandbr.	5	92,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	95,75 B
do. do. II. Em.	5	88 00 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	108,30 bz
do. do. II. Em.	5	105,60 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	98,50 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,50 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103,70 bzG
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	95,30 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	96,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,50 B
do. do. 4½%	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	54,70 bz
do. (1/4. 1/10.)		54,60 bzG
do. Goldrente	4	64,80 bzG
do. Papierrente	4⅕	53,90 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	103 bzG
do. Lott.-Anl. v. 60	5	109,90 bz
do. Credit-Loose	fr.	299,50 bzG
do. 64er Loose	fr.	262,75 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	142,40 bzB
do. do. 1866	5	142,50 bzB
do. Orient-Anl. v. 1877	5	56,20 bz
do. II. do. v. 1878	5	56,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	73,20 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	80 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	61,20 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,90 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,90 bzB
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	101,80 G
Ital. 5% Anleihe	5	74,90 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	71,10 bz
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	12,80 bz
Ungar. Goldrente	6	72,25 bzG
do. Loose (M. p. St.)	fr.	152,00 bz
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	73,90 bz
do. Schatzanw.	6	— —
do. do. II. Abth.	6	102,30 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,80 bz
Türken-Loose 42,75 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,75 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,90 G
do. do. VI.	4½	101,00 B
do. Hess. Nordbahn.	5	104,30 B
Berlin-Görlitz	5	102,00 G
do.	4½	91,30 G
do. Lit. C.	4½	87,00 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D.E.F	4½	100,00 B
do. Lit. G.	4½	97,90 bzG
do. do. H.	4½	96,40 bzG
do. do. J.	4½	96,40 bzG
do. do. K.	4½	96,20 bzG
do. von 1876.	5	102,50 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,90 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	95,00 bzG
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	4½	102,25 B
Hannover-Altenbeken.	4½	97,50 G
Märkisch-Posener	5	100,75 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,75 bz
do. do. II. Ser.	4	96,50 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 G
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	87,25 bz
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,90 bz
do. von 1869.	5	102,50 bzG
do. von 1873.	4	93,00 bz
do. von 1874.	4½	— —
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,70 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,40 bz
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	100,10 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	100,50 G
Dux-Bodenbach	fr.	67,00 G
do. II. Emission	fr.	61,50 bzG
Prag-Dux	fr.	21,60 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,90 bzG
do. do. neue	5	86,25 G
Kaschau-Oderberg	5	60,00 bz
Ung. Nordostbahn	5	58,25 bzB
Ung. Ostbahn	5	54,25 bz
Lemberg-Czernowitz	5	66,00 G
do. do. II	5	67,30 bz
do. do. III.	5	61,50 G
do. do. IV.	5	57,00 G
Mährische Grenzbahn	5	53,90 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	— —
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65 25 G
Oesterr.-Französische	3	348,20 bz
do. do. II.	3	337,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	242,20 bzG
do. neue	3	242,20 bzG
do. Obligationen	5	86,00 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	82,00 bzG
Warschau-Wien II.	5	98,25 G
do. III.	5	95,00 bzG
do. IV.	5	85,40 bz
do. V.	5	82,75 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	169,05 bz
do. do.	2 M.	3½	168,15 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,33 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,05 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	194,30 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	195,05 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,65 bz
do. do.	2 M.	4½	172,50 bz

Ducaten — —	Dollars 4,18 G
Sover. 20,36 B	Oest. Bkn. 173,80 bz
Napoleon 16,20 B	do. Silbergd — —
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 195,35 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1877	1878		
Aachen-Mastricht	½	—	4	15,75 bz
Berg.-Märkische	3⅓	—	4	77,75 bz
Berlin-Anhalt	5¾	—	4	87,90 bz
Berlin-Dresden	0	—	4	8,00 B
Berlin-Görlitz	0	0	4	15,25 bzG
Berlin-Hamburg	11½	—	4	181,00 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	—	4	79,25 bzG
Berlin-Stettin	7 1/10	—	4	95,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	71,10 G
Bresl.-Freib.	2½	—	4	63,50 bzB
Cöln-Minden	5 1/20	—	4	104,10 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	20,10 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	9 2/7	—	4	96,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	15,40 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	12,60 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	5	43,50 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	51,00 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	182,00 G
Märk.-Posener	0	0	4	21,30 bz
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	121,25 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	—	4	68,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,10 bz
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	129,40 bz
do. B.	8½	—	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	427,50-426,50
Oest. Nordwestb.	4,15	—	5	194,50 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	117,50-118
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	39,00 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅓	—	4	108,50 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	35,70 bzG
Rheinische	7	—	4	107,90 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	94,30 bzG
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	9,10 bzG
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	29,75-29,60 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	16,10 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,50 bzG
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	112,00 bzG
Warschau-Wien.	5	—	4	168,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	18,60 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	37,00 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	30,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	45,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	25,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	18,50 bzG
Märkisch-Posener	4½	—	5	88,10 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	76,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	104,25 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	88,25 bzG
Rechte-O.-U.-E.	6⅓	—	5	112,00 bzB
Rumänier	8	8	8	83,50 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	18,10 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	15,75 bzB

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	2	—	4	27,00 G
Anglo Deutsche Bk.	0	—	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	8 4/15	8 9/10	4	147,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	57,75 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6	—	4	66,60 bzG
Braunschw. Bank.	3	—	4	80,00 bzB
Bresl. Disc.-Bank.	3	—	4	65,90 G
Bresl. Wechslerb.	5⅓	—	4	71 50 B
Coburg. Cred.-Bnk.	5	—	4	68,30 bz
Danziger Priv.-Bk.	0	—	4	106 B
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	114,50 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¾	—	4	90,80 G
Deutsche Bank	6	—	4	100,10 bz
do. Reichsbank	6,29	—	4½	153,20 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	83,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	5	—	4	127,70 bz
do. ult.	5	—	4	128,00-7,25
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	89,00 B
do. junge	5½	—	4	95,50 G
Goth. Grundcredb.	8	6	4	92,00 bzG
do. junge	8	6	4	94,00 G
Hamb. Vereins-B.	10 5/9	7¾	4	121,50 G
Hannov. Bank	6	—	4	101,80 bzB
Königsb. Ver.-Bnk.	6	6	4	81,00 B
Lndw.-B. Kwilecki.	0	—	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	5⅔	9⅔	4	114,00 bzG
Luxemburg. Bank	6½	—	4	106,00 B
Magdeburger do.	5 9/10	6 3/10	4	111 bz
Meininger do.	2	—	4	72,25 bzG
Nordd. Bank	8½	8⅘	4	135,75 G
Nordd. Grundcr.-B.	5	—	4	49 90 bzG
Oberlausitzer Bk.	3	4	4	66,00 G
Oest. Cred.-Actien	8⅛	—	4	399-9½-6¼
Posener Pro.-Bank	6½	—	4	102,40 bzG
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	69,10 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,40 G
Sächs. Bank	5¾	—	4	102,60 bzG
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86,50 G
Weimar. Bank	0	—	4	33,00 bzG
Wiener Unionsbk.	3½	—	4	122,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	— —
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	21,50 G
Gwb. Schuster u. C.	—	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	—	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	107,25 G
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	61,25 B
Thüringer Bank	0	—	fr.	74,40 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	—	—	fr.	— —
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	7,75 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	—	4	69,75 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	24,75 G
Nordd. Gummifab.	4	—	4	45,00 G
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	0,25 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	—	4	82,10 bzG
Schles. Feuervers.	25	—	fr.	890 B
Donnersmarkhütt.	3	—	4	24,10 bzG
Dortm. Union	0	—	4	7,25 bzG
do. abgest.	0	—	4	11,00 G
Königs- u. Laurah.	2	—	4	66,10 bz
Lauchhammer	0	—	4	23,25 bzG
Marienhütte	3	—	4	44,50 B
Cons. Redenhütte	—	—	4	62 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	— —
Schl. Zinkh.-Actien	6½	—	4	78,25 B
do. St.-Pr.-Act.	6½	—	4	89,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4½	41,75 B
Vorwärtshütte	0	—	4	4,00 B
Baltischer Lloyd	—	—	4	5,00 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	fr.	— —
Bresl. E.-Wagenb.	1	—	4	52,00 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	49,50 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	— —
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	62,50 G
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	—	4	16 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	30,00 bzG
Schl. Leinenind.	4	—	4	65,50 G
do. Porzellan	1½	—	4	27 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Wien, 12. Febr. [Credit-Anstalt.] Die Generalversammlung der Actionäre der österreichischen Creditanstalt ist auf den 31. März angesetzt. Die Deponirung der Actien hat bis zum 3. März cr. zu erfolgen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.